

ERSTES VBKI SYMPOSIUM 2019

NEUE
VISIONEN
FÜR
DEN
STANDORT
BERLIN



Der neue EQC. Der Mercedes unter den Elektrischen.

Elektrische Intelligenz

„Der Mercedes-Benz EQC ist nicht einfach ein Fahrzeug mit einem elektrischen Antrieb, er vereint markenprägende Eigenschaften wie Qualität, Sicherheit und Komfort. Das progressive Design, der einzigartige Fahrkomfort und eine absolut alltagstaugliche Reichweite unterstreichen: Der EQC ist der Mercedes unter den Elektrofahrzeugen. Das zeigt sich auch in seinen Services – von der optimierten Navigation bis zum Lademanagement. Für all das steht der Begriff „Electric Intelligence“ – für ein Angebot an Mobilität, die weit über das Fahrzeug hinausgeht“, sagt Britta Seeger

im Vorstand der Daimler AG verantwortlich für Mercedes-Benz Cars Vertrieb.

Der neue Mercedes-Benz EQC (Stromverbrauch kombiniert: 20,8 - 19,7 kWh/100 km; CO₂-Emissionen kombiniert: 0 g/km^[1]) ist der erste Mercedes-Benz der Produkt- und Technologiemarke EQ.

Weitere Informationen erhalten Sie in Ihrer Mercedes-Benz Niederlassung Berlin.

^[1] Stromverbrauch und Reichweite wurden auf der Grundlage der VO 692/2008/EG ermittelt. Stromverbrauch und Reichweite sind abhängig von der Fahrzeugkonfiguration.

Mercedes-Benz
Niederlassung Berlin



NEUE VISIONEN FÜR DEN STANDORT BERLIN

Anbieter: Daimler AG, Mercedesstr. 137, 70327 Stuttgart
Daimler AG, vertreten durch Mercedes-Benz Vertrieb PKW GmbH

Mercedes-Benz Niederlassung Berlin, 12x in und um Berlin
Telefon +49 30 3901 2000, www.mercedes-benz-berlin.de

Salzufer 1, Seeburger Straße 27, Rhinstraße 120, Holzhauser Straße 11, Daimlerstraße 165, Prinzessinnenstraße 21-24,
Unter den Linden 14, Hans-Grade-Allee 61 - Schönefeld, Alt-Buch 72, Körnerstraße 50-51, Berlepschstraße 20-24, Blankenburger Straße 85-105

Grußwort

Der VBKI hat etwas versprochen – und er hat es eingehalten.

Letztes Jahr haben wir öffentlich angekündigt, uns stärker inhaltlich einzubringen. Gerade zu den Themen Immobilien, Wirtschaftspolitik, Gesundheit, Mobilität und Digitale Infrastruktur, die für Berlin besonders wichtig sind.

Zu all diesen Themen wird es beim ersten Symposium des VBKI einen Workshop geben. Gemeinsam mit dem federführenden Ausschuss Finanzen stellt sich der Ausschuss Immobilien der Frage nach Alternativen Finanzierungsmodellen im Wohnungsbaubereich. Der Ausschuss Bildung und Wissenschaft hat einen wirtschaftspolitischen Vorschlag für eine bessere Vernetzung der einzigartigen Wissenschaftslandschaft Berlin-Brandenburgs mit einer boomenden Start-Up-Szene erarbeitet. Der Ausschuss Gesundheit stellt sich den Fragen der Digitalisierung im Gesundheits- wie Pflegebereich. Der Ausschuss Mobilität stellt für die Bereiche Lieferverkehr, ÖPNV und Digitalisierung konkrete Maßnahmen vor, wie der Verkehr in Berlin flüssig gehalten werden kann. Und schließlich fragt sich der Ausschuss Intelligente Infrastruktur, welche Aufgaben die Landesregierung anpacken muss, um die Hauptstadt zu einer international führenden Smart City zu entwickeln.

Die Ausschüsse haben konstruktive, praktikable und umsetzbare Vorschläge erarbeitet. Wir verstehen sie als Angebote, die wir mit der Landesregierung und den Senatsverwaltungen sowie mit einer interessierten Öffentlichkeit aus Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft diskutieren möchten.

Berlin hat die Chance, wieder die große internationale Metropole zu werden, die sie vor Krieg und Teilung schon einmal war. Diese Stadt zieht heute immer mehr Menschen an, Junge und Kreative, die mit Mut und Unternehmergeist etwas bewegen wollen. Sie wächst und wächst und wir arbeiten an Strukturen, Lösungen und Vorschlägen, wie aus dieser wachsenden Stadt eine funktionierende Metropole wird.

Wir sind gespannt, wie Sie unsere Ideen bewerten.

Und vielleicht haben Sie ja Lust, in dem einen oder anderen Ausschuss mitzuwirken. Wir würden uns darüber freuen!

Markus Voigt
Präsident VBKI

Udo Marin
Geschäftsführer VBKI

Symposium 2019 – Was haben wir vor?

Vernehmbarer und deutlicher Position zu gesellschafts- und fachpolitischen Fragen zu beziehen – dies hat sich der VBKI im letzten Jahr für die Zukunft vorgenommen. Vor diesem Hintergrund ist die Idee eines Symposiums entstanden.

Mit diesem für den VBKI neuen Format suchen wir den Dialog mit Personen aus der Politik, den Verwaltungen, Medien, Wissenschaft und der interessierten Öffentlichkeit.



Das Symposium versteht sich als Leistungsshow der Ausschüsse im VBKI.

Wir stellen Themen, Thesen und Ideen vor. Nicht mit der Haltung, alles besser zu wissen, sondern mit der offenen und herzlichen Einladung, respektvoll und kritisch unsere Vorschläge und Vorhaben zu diskutieren. Wir hängen der Ansicht an, dass das Bessere Feind des Guten ist. Und wir wissen, dass wir zur Umsetzung unserer Angebote und Absichten Partner benötigen: Partner in der Politik und in den Verwaltungen, Unterstützung durch Wirtschaft, Wissenschaft und die Medien sowie den Beistand der Öffentlichkeit. Kurzum: Wir brauchen Sie!



Wir mischen uns mit guten Gründen in die aktuellen politischen Debatten ein.

Nach einer langen Phase der Stagnation erlebt Berlin derzeit ein rasantes und stetiges Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum. Lange Zeit haben wir diesen Boom ersehnt und erhofft. Nun ist er mit voller Wucht in der Hauptstadt angekommen. Der Boom bringt der Stadt viele Vorteile: Neue finanzielle Möglichkeiten für den Senat, zahlreiche neue Jobs für viele Menschen in der Stadt. Sein Tempo droht nun aber die Landespolitik, die Verwaltung und die Bevölkerung der Stadt zusehends zu überfordern. Knapp werdender Wohnraum, volle Straßen, überfüllte Verwaltungen. Auf die Herausforderungen eines längeren Wachstumsschubs scheint Berlin nur unzureichend vorbereitet zu sein.

Die Prognosen für die nächsten zehn Jahre geben kaum Hinweise auf Entspannung. Das Bevölkerungswachstum wird anhalten. Berlin ist und bleibt weiterhin Hot Spot und Sehnsuchtsort der Jungen und Kreativen Deutschlands, Europas, ja, gar der ganzen Welt. Wir werden mit weiteren 500.000 neuen Berlinerinnen und Berlinern in

der nächsten Dekade zu rechnen haben. Menschen, die adäquaten Wohnraum suchen werden, sich in der Stadt schnell und bequem bewegen möchten, sich Jobs um bewerben, die ihnen ein spannendes Arbeiten und ein auskömmliches Leben garantieren, sich mit Verwaltungen verständigen müssen und die entsprechende Daseinsfürsorge benötigen. Und dies alles nicht nur auf dem Niveau des 19. oder 20. Jahrhunderts, sondern mit einem Anspruch auf Qualität und Service, der dem 21. Jahrhundert entspricht. Um diese Herkulesaufgaben zu bestehen, muss die Bewältigung und Gestaltung des Wachstums zur Kernaufgabe der Landespolitik für die nächsten Legislaturperioden werden.

Für das wachsende Berlin wünschen wir uns eine Agenda für eine funktionierende Stadt.



Uns war es wichtig, dass die Ausschüsse vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen und kommender Entwicklungen Anforderungen und Bedarfe formulieren und zugleich konkrete Lösungsvorschläge entwickeln. So ist ein Kaleidoskop an Vorschlägen und Hinweisen entstanden, die aus unterschiedlichen Perspektiven und mit unterschiedlichen beruflichen Backgrounds entwickelt wurden. Folgende Ausschüsse präsentieren ihre Thesen und laden Sie ein zum Mitdiskutieren, Kritisieren, Korrigieren und Weiterentwickeln:

- **Ausschuss Finanzen und Ausschuss Immobilien:** Wohnen ist die neue soziale Frage, gerade in Berlin. Im Workshop werden **alternative Finanzierungsmodelle** vorgestellt, die ein neues Zusammenleben in einer heterogenen Stadtgesellschaft zum Ziel haben. Wirken diese Modelle und wenn ja, wie realistisch ist ihre Umsetzung? (Siehe S. 11 – 20)
- **Ausschuss Gesundheit:** Die Digitalisierung erfasst die Gesundheitsbranche. Der Ausschuss Gesundheit hat konkrete Vorschläge entwickelt, wie Berlin zur **Digital Health City** und zum international führenden Standort der digitalen Gesundheitswirtschaft werden kann. (Siehe S. 21 – 30)
- **Ausschuss Intelligente Infrastruktur:** Städte sollen effizienter, technologisch fortschrittlicher, klimaverträglicher und sozial inklusiver werden. Wo steht Berlin in einem internationalen Vergleich? Welche Aufgaben muss die Landesregierung anpacken, um die der Hauptstadt zu einer international führenden **Smart City** zu entwickeln? (Siehe S. 31 – 38)

- **Ausschuss Mobilität:** Berlin wächst und mit diesem Wachstum steigern sich die Ansprüche an die Mobilität in der Hauptstadt. Für die Bereiche **Lieferverkehr, Öffentlicher Personennahverkehr und Digitalisierung** stellt der Ausschuss konkrete Maßnahmen vor, wie der Verkehr in Berlin flüssig gehalten werden kann. (Siehe S. 39 – 46)
- **Ausschuss Wissenschaft:** Berlin ist einer der besten Bildungs- und Forschungsstandorte Europas, gerade im Bereich der Digitalisierung. Hier gedeiht zugleich die dynamischste Start-Up-Szene Deutschlands. Der Ausschuss plädiert für eine konzertierte Aktion, um **Berlin an die Weltspitze der Digitalisierung** zu führen. Er hat einen Vorschlag erarbeitet, wie dies gelingen kann. (Siehe S. 47 – 56)
- **Gründung eines Forums CEOs for Berlin:** Hier finden Persönlichkeiten zusammen, die durch ihr Engagement wichtige Impulse für die Hauptstadtregion leisten wollen. Ein Format, bei dem zukünftig sich Top-Entscheider aus Wirtschaft und Politik auf Augenhöhe begegnen.



Einige Hinweise vorneweg:

Wir mischen uns in die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung ein, aber nicht in das politische Tagesgeschäft. Mit „Alternative Finanzierungsmodelle im Immobilienbereich“ greifen wir ein aktuelles, die Stadtgesellschaft bewegendes Thema auf, skizzieren aber mittel- und langfristige Lösungswege. Wir halten Enteignungen für das falsche Mittel, das Wohnungsproblem zu lösen. Sie sind unserer Ansicht nicht notwendig, da es bessere – intelligentere, zukunftsfähigere und sozialere – Instrumente gibt. Diese Instrumente benötigen Zeit, sie verändern aber radikal.

Manche Themen mögen weit auseinanderliegen, weisen dennoch strukturelle Überschneidungen auf. Die Forderung des Ausschusses Wissenschaft, die herausragende Wissenschaftslandschaft Berlins und Brandenburgs sowie die in Deutschland einzigartige Start-Up-Szene Berlins besser, gezielter und ambitionierter miteinander zu vernetzen, findet sich in ähnlicher Weise beim Ausschuss Gesundheit. Auch hier gilt das Credo, die nebeneinanderstehenden Bereiche Medizinwissenschaften und Gesundheitsbranche gewinnbringend miteinander zu verknüpfen. Die Berliner Region weist eine Vielzahl von Unternehmen auf, die in den Bereichen Pharma, Medizintechnik, Biotechnologie oder Versorgung tätig sind. Einige von ihnen sind weltweit tätige Unternehmen und haben eine Spitzenstellung im Markt (z.B. Otto Bock, Biotronik, Carl Storz, Eckert & Ziegler). Dass die Charité zugleich mit über 3000 Betten eine der größten und exzellentesten Universitätskliniken Europas ist und sie zu den forschungsintensivsten medizinischen Einrichtungen in Deutschland gehört, muss nicht eigens betont werden. Beide Ausschüsse – Gesundheit wie Wissenschaft – nehmen dabei die Senatsverwaltungen stärker in die Pflicht. Besser formuliert: Die Spitzen der Senatsverwaltungen und namentlich den Regierenden Bürgermeister, der aktuell zugleich auch Senator für Wissenschaft ist.

Dass eine Metropole wie Berlin auch über die nötigen Infrastrukturen verfügen muss, ist eine Selbstverständlichkeit. Infrastrukturen sind die Lebensadern unserer Zivilisation: Straßen und Schienen, Wasserwege und Kanäle, Datenautobahnen, Stromversorgung, Mobilfunknetze. Sie sind deshalb so bedeutend, weil sie die Mobilität und den Transfer von Menschen, Gütern und Ideen ermöglicht. Eine Stadt wie Berlin – die Bundeshauptstadt und einzige Metropole Deutschlands – sollte zeigen, was machbar ist und wo die Zukunft liegt.

SCHÖN,
DASS SIE DA SIND

Berlin könnte und sollte die Umbruchszeiten, in denen wir leben, nutzen, um eine Smart City zu werden.

Sie muss nicht unbedingt die methodischen und intellektuellen Fehler wiederholen, die in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts die europäischen Großstädte in autogerechte Städte umgewandelt hat. Ambitioniert und ambitionierter als bisher sollten und könnten die entsprechenden Senatsverwaltungen sein. Und sie müssen es sein, weil jeder technologische Fortschritt Verwaltungs- und Governance-Strukturen benötigt, um umgesetzt zu werden. Auch hierbei nehmen wir die Verwaltungen in die Pflicht, ohne uns – d.h. die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft – aus dieser zu nehmen.

Die Klammer, die alle Themen miteinander verbindet, ist die Digitalisierung. Sie ist ein wesentliches Element unseres Lebens geworden, sie ist nicht mehr wegzudenken – weder aus Wirtschaft, Wissenschaft noch Politik oder Verwaltung. Ein smarterer Gebrauch digitaler Instrumente, Apps und Plattformen verschafft uns neue Möglichkeiten und macht unser tägliches Leben effizienter. Dass digitale Unterstützung auch effektiv eingesetzt wird, liegt an uns, die diese Gesellschaft gestalten möchten.



Wir wünschen uns ein liebens- und lebenswertes Berlin.

Die Stadtgrenzen sind dabei nicht unsere Grenzen. Für alle Bereiche gilt, dass wir die Anliegen, die Interessen, die Bedürfnisse, aber auch die Chancen, Möglichkeiten und Ressourcen Brandenburgs mitdenken. Zusammen können und werden Brandenburg und Berlin mehr erreichen.

Berlin ist eine Metropole, in der wir gerne und gut leben. Das ist das Ziel unserer Vorschläge. Und deshalb setzen wir auf den Dialog mit Ihnen – seien Sie aus der Politik oder der Verwaltung, aus der Wirtschaft oder Wissenschaft, aus den Medien oder der Zivilgesellschaft oder Bürgerin und Bürger dieser Stadt. Und wenn ein, zwei, drei oder mehr Ideen, die wir heute präsentieren, von verantwortlichen Stellen aufgegriffen werden, dann hat sich dieses erste Symposium des VBKI mehr als gelohnt.

Michael Knoll
Leiter Politische Grundsatzfragen



Kai Drabe, Michael Knoll, Hans Eike von Oppeln-Bronikowski

„... SOLL ZUGLEICH
DEM WOHL DER
ALLGEMEINHEIT
DIENEN.“

BERLIN

PUNKT 1



WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT.

In Zeiten billigen Geldes, rasant wachsender Nachfrage und Verknappung freien Wohnraums wird Wohnen zur sozialen Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Dies betrifft aktuell die großen Städte in Deutschland, im besonderen Maße Berlin.

Die Krise bietet die Chance, neu über Wohnen nachzudenken: Sowohl über Modelle der Finanzierung von Wohnraum wie über das Zusammenleben in einer heterogenen Stadtgesellschaft.

Enteignungen sind das falsche Mittel, das Problem zu lösen. Sie sind nicht notwendig, da es bessere – intelligentere, zukunftsfähigere und sozialere – Instrumente gibt.

Diese Instrumente benötigen Zeit, sie verändern aber radikal.

Die Diskussion hat gerade erst begonnen, wir wünschen uns eine Erweiterung des Diskursraums. Wir möchten langfristige Perspektiven aufzeigen.

Ausgangslage

Raum wird knapp in Berlin. In dieser rasant wachsenden Stadt wird die Knappheit des Wohnraums zu einem politischen Problem. In Zeiten billigen Geldes, stetig wachsender Nachfrage und beschränkt freien Wohnraums wird Wohnen zu der sozialen Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

In den aktuellen Debatten um Enteignung, Mietpreisbremse und -deckelung spiegeln sich nicht nur die Verteilungskämpfe um eine knapper werdende Ressource wider, sondern in der Argumentation und in den Begrifflichkeiten tritt ein altes, neues Unbehagen am Kapitalismus zu Tage.

Dabei wissen wir: Kein anderes Wirtschaftssystem als der Kapitalismus ist in der Lage,

„jene materielle Hintergrundentlastung zu ermöglichen, ohne die ein wie auch immer gestaltetes ‚gutes Leben‘ nur schwer vorstellbar ist“ (Werner Pumpe).

Im Kapitalismus steckt ein doppeltes Versprechen: Erstens, dass sozialer Aufstieg dank der eigenen Talente und des eigenen Fleißes möglich ist, zweitens, dass es in der Wirtschaft nicht nur um den Profitwillen geht, sondern zugleich um etwas Nützliches zu bewirken. Dennoch, so greift es jüngst Paul Collier auf, fühlen sich viele Menschen enttäuscht.

„Der Kapitalismus löste sein wichtigstes Versprechen – einen ständig steigenden Lebensstandard für alle – immer weniger ein: Einige profitierten, aber andere wurden abgehängt.“

Dieses Unbehagen kulminierte in der Banken- und Finanzkrise der Jahre 2008ff. Sie legte ein fahrlässiges unternehmerisches Agieren offen, wie eine Verantwortungslosigkeit, mit den Folgen der Krise umzugehen. Zugleich diskreditierte sie die politische Klasse, der die Aufräumarbeiten der Krise überlassen wurde.

Zwei Konsequenzen ergaben sich aus dieser Krise:

1. Die kapitalistische Marktwirtschaft wird verstärkt als Raubtierkapitalismus wahrgenommen, in der die Starken sich auf Kosten der Schwachen bereichern. Jene Art des Kapitalismus, die als Wirtschaftsform mit den Begriffen unternehmerische Freiheit, Innovation und Risiko sowie gesellschaftlicher Verantwortung verbunden wird, spielt eine untergeordnete Rolle. Auf dieser Basis treffen Wohnungsbaugesellschaften wie die Deutsche Wohnen SE als gesellschaftliches Feindbild auf einen großen Resonanzraum in der Berliner Stadtgesellschaft, die weit in das bürgerliche Lager reicht.

2 Der Antagonismus zwischen Politik auf der einen und Wirtschaft auf der anderen Seite, den man im Konzept einer Sozialen Marktwirtschaft als überwunden geglaubt hatte, wurde wiederbelebt. Politik und Wirtschaft werden nicht mehr als unterschiedliche Sphären mit andersgearteten Logiken wahrgenommen, sondern als zwei entgegengesetzte Bereiche, die jeweils für sich postulieren, die Unternehmungen des anderen

Bereiches übernehmen zu können und es besser zu können. Die Hoffnung einer breiten Bevölkerung in Berlin, die öffentliche Hand könne die sozialen Probleme alleine richten, wird daraus gespeist.

In diesen Antagonismen gefangen, verhakt sich die Debatte in Randthemen, die den Blick auf die wesentlichen Dinge wie auf neue, andere Lösungsmöglichkeiten verstellen.

Die wesentlichen Dinge



Wohnen ist Menschenrecht.

Die Würde des Menschen erfordert eine eigene Privatsphäre, die er unter freiheitlichem, selbstbestimmtem Ausschluss anderer gestalten und nutzen kann.

Wenn Wohnen ein Menschenrecht ist, leiten sich daraus etliche Anforderungen an den Staat ab.

1 Der Staat muss dafür Sorge tragen, dass entsprechender Wohnraum zur Verfügung steht.

In der Regel tut er das, indem er Rahmenbedingungen und Gesetze schafft, die geeignet sein könnten, die Schaffung von Wohnraum zu fördern oder im Extremfall durch Eingriffe, wie Enteignungen oder enteignungsgleichen Eingriffen dafür zu sorgen, dass nicht genutzter Wohnraum verfügbar wird. Soweit die öffentliche Hand dabei nicht selbst unternehmerisch tätig wird, geschieht dies allerdings nur in der Form des Zugriffs auf vorhandenen Bestand und dessen Umverteilung. Um eine adäquate Wohnversorgung der Menschen zu

gewährleisten, ist der Staat also nicht verpflichtet Wohnraum selbst zu erstellen, aber er muss Private sowie Unternehmen in die Lage versetzen, ihn zu schaffen. Aufgrund der wechselhaften und widersprüchlichen Geschichte Berlins seit der Wiedervereinigung haben die politischen Verantwortlichen in den letzten drei Jahrzehnten nicht immer die richtigen Entscheidungen getroffen. Nichtsdestotrotz muss aktuell entschlossenes und entschlosseneres Handeln angemahnt und eingefordert werden. Eine Senatorin, die das Wort „Bauen“ aus dem Namen ihrer Verwaltung streichen lässt, ist die falsche Besetzung.

2 Die zweite Anforderung betrifft die kulturelle Dimension der politisch Handelnden. In einer Metropole wie Berlin leben viele, höchst verschiedene Menschen, deren Wohnertwartungen abhängig von den jeweiligen Lebensbezügen durch Arbeit, Familie, Schule und Ausbildung unterschiedlich sind. In dieser **diversen Stadt** leben Junge wie Alte, Frauen und Männer, Kranke und Gesunde, politische und apolitische Menschen, Reiche und Arme, in Berlin Geborene und Menschen, die in anderen

Teilen Deutschlands, Europas und der Welt einen Teil ihres Lebens verbracht haben. All diese Menschen machen Berlin aus. Berlinerinnen und Berliner sind nicht nur die, die die Parteien der jeweiligen Senatorinnen und Senatoren wählen. Berlin gilt es in seiner heterogenen Gesamtheit zu denken und zu sehen – und nicht in homogenen Milieus.

3 Die dritte Anforderung Berlin besteht in der sozialen Dimension des Wohnungsbaus, die sich aus der Heterogenität der gerade erwähnten Personen und Gruppen ergibt.

Die Diversität der Stadt muss sich in der Vielzahl von Möglichkeiten widerspiegeln, Wohnraum zu mieten, zu bauen oder bauen zu lassen.

Politisch Verantwortliche sollten ihre Handlungsspielräume ausschöpfen, um günstiges Mieten und preiswertes Bauen zu ermöglichen.



Neue, andere Finanzierungsmodelle

So vielfältig wie Berlin müssen die Finanzierungsmodelle sein, um Wohnraum zu schaffen. Diese umfasst auch gemeinnützige Einrichtungen, insbesondere Stiftungen, die Wohnraum für ein bestimmtes Klientel schaffen, zum Beispiel für junge und alte Menschen und/oder Familien und langfristig dafür sorgen, dass ein Nutzungsentgelt sozialadäquat ist und die Nutzer nicht überfordert.

Stiftungen oder andere gemeinnützige Einrichtungen können dies leisten, wenn sie dazu in der Lage sind, beim Erwerb, beim Bau und bei der Bewirtschaftung Stiftungsmittel im Sinne einer Teilverbrauchsstiftung einzusetzen. Ihre Anlagestrategien müssen darauf ausgerichtet sein, dass eine Finanzierung zwar perspektiv ertragreich ist, aber nicht unmittelbar von Ertragsinteressen abhängt. Die so handelnden gemeinnützigen Einrichtungen berücksichtigen die Interessen der Stakeholder und sind nicht den Interessen etwaiger Shareholder verpflichtet, da diese nicht vorhanden sind.

einen realen Verzehr des Stiftungskapitals durch Inflation zu erleiden. Für Stiftungen ist neben des realen Erhalts des Stiftungskapitals auch eine ideelle Rendite (impact investing) zu erzielen. Eine solche ideelle Rendite könnte „messbar“ sein, in dem sie Wohnraum zum Selbstkostenpreis anbietet.

Es gilt weitere Modelle zu entwickeln, die ideell und wirtschaftlich, ggf. auch gemeinnützig flexibel auf Nutzeranforderungen reagieren können. Diese Modelle schließen auch Genossenschaften mit ein.

Gemeinnützige und genossenschaftliche Modelle haben zudem den Vorteil, das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter neu zu bestimmen. Dabei gilt folgender Grundsatz: Alles Handeln bei der Wohnraumgewährung muss in die Mitverpflichtung des Mieters gestellt werden, sei es bei der Erhaltung und Pflege der Mietsache, als auch bei der Berücksichtigung seiner eigenen Möglichkeiten, sich bei Einsparungsmaßnahmen, Energieeinsparung und Erhaltung der Ordnung mit einzubringen.

Dies führt dazu, dass es ebenso einer Diversifikation bedarf, Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Der Immobilienwirtschaft stehen verschiedene renditeorientierte Handlungsformen zur Verfügung, die mit Engagement einzelner Immobilienkaufleute beginnt, Genossenschaften und andere Vertriebsformen mit

einschließt und auch unterschiedliche Angebote, wie Wohnungsleasing, Mietkauf und sonstige hybride Formen, zum Beispiel Mieterdarlehen und Wohnrente mit einschließen können.

Unter Berücksichtigung dessen, dass Wohnrecht ein Menschenrecht ist und

daher die Gesellschaft gemeinnützig handelt, wenn sie Wohnraum gewährt, kann auch die philanthropisch handelnde Zivilgesellschaft einen wesentlichen Beitrag bei der Bewältigung von Wohnproblemen leisten.

VERHÄLTNIS ZWISCHEN
MIETER UND VERMIETER NEU
BESTIMMEN.

Konkrete Finanzierungsmodelle

Wir leben in Zeiten von Nullzinsen – ein weiteres Erbe der Finanzkrise von 2008. In diesen Zeiten ist ein Anreiz durch günstige Finanzierungen nicht gegeben. Stattdessen ist Kreativität bei Finanzierungsmodellen gefragt.

So könnte zivilrechtlich eine **Trennung von Gebäude sowie Grund und Boden** (ähnlich dem Erbbaurecht) geschaffen werden. Grund und Boden verbleibt in der Hand des Staates oder gemeinnütziger Eigentümer. Anstelle eines Erbbauzinses wird die (derzeit ohnehin in der Modernisierung befindliche) Grundsteuer für die Nutzung des

Grunds und Bodens als Zins verwendet. Der Bauherr errichtet nur das Gebäude und stellt dies zur Vermietung zur Verfügung. Die Miete berechnet sich dann an der Verzinsung für die Nutzung des Gebäudes.

Einen interessanten Ansatz hierfür bietet auch das **Steuerrecht**: Grund und Boden selbst kann nicht abgeschrieben werden. In der fiskalischen Sichtweise „verbraucht“ sich Grund und Boden nicht. Dies stärkt den Ansatz, die „Miete“ nur auf den Gebäudeteil, also den verbrauchbaren bzw. der Abnutzung unterliegenden Teil, nehmen zu dürfen.

In Zeiten von Niedrig- bzw. Nullzinsen ist dieses Modell gerade für Stiftungen äußerst lukrativ. Durch die aktuelle Zinssituation in der Leistungsfähigkeit eingeschränkt, haben sie auch oftmals

STAKEHOLDER

Da der Grund und Boden im Wert immer erhalten – und als echter Sachwert auch einem Schutz vor Wertverzehr durch Inflation unterliegt –, ist ein Mietanteil auf den Grund und Boden nicht erforderlich.

Paul Collier hat zudem eine **steuerliche Innovation** vorgeschlagen: Steuersätze müssen nicht nur nach Einkommen differenziert werden, sondern nach Einkommen und Wohnsitz. Wer ein hohes Einkommen und einen Wohnsitz in der Metropole hat, muss höher besteuert werden als jemand mit hohem Einkommen, der auf dem Land lebt. Collier schlägt vor, die Steuergewinne in darrende Provinzstädte zu investieren. Auf Landesebene bezogen könnten diese Steuergewinne in Modelle des sozialen Wohnungsbaus investiert werden, wie sie hier vorgestellt werden.

Um die Miethöhe auf einem adäquaten, leistbaren Niveau zu stabilisieren, gilt es auch, die „zweite Miete“ aus **umlagefähigen Nebenkosten** einer Überprüfung zu unterziehen. Dies vor allem vor der Reform der Grundsteuer, da eine neue und in Ballungsgebieten vermutlich erhöhte Grundsteuer letztlich die Mieter trifft, da sie als umlagefähige Nebenkosten mit Verzögerung beim Mieter ankommt.

Ein weiteres Modell besteht darin, dem Mieter die Möglichkeit zu eröffnen, einen Teil seiner Miete in Form einer **Dividende** oder sonstigen Partizipation zurückzubekommen. Dies lässt auch

die Belastung über hohe Mieten etwas erträglicher werden. Allerdings sind hier Genossenschaften kein geeignetes Modell, da ihre „Gewinnbeteiligung“ zu gering ist.

Auch der Staat und die öffentliche Hand können und müssen selbst Anreize und Finanzierung für Eigennutzer bieten. So könnte bei einem Erwerb auf die Grunderwerbsteuer, bei einer zeitlich befristeten Nutzungsverpflichtung, verzichtet werden bzw. die Grunderwerbsteuer „gestundet“ werden. Dies geschieht ähnlich bei einer Stundung der Verschonungsregelungen bei Betriebsvermögen im Rahmen der Erbschaftbesteuerung. Ebenso denkbar ist es, auf eine Besteuerung gänzlich zu verzichten.

Zusätzliche Anreize können durch einen **„Fonds für Wohnungsbau“** geschaffen werden. Jeder Bürger kann dort einen definierten Maximalbetrag steuerfrei investieren – bei niedrigen Einkommen wird dieser Betrag von der Steuerschuld abgezogen, bei höheren Einkommen wird der Steuereffekt begrenzt. Die Finanzierung ist noch im Detail zu prüfen und zu berechnen. Die dortigen Investitionen werden durch den Staat „garantiert“ und es wird jährlich das eingezahlte Kapital um die Inflation ausgeglichen, so dass kein Kaufkraftverlust entsteht. Die Verzinsung ist die gesparte Steuer. Nach einem Zeitablauf von 20 Jahren wird das Kapital zurückgezahlt.

Die Verantwortung der Politik

All diese Modelle funktionieren aber nur, wenn genug Wohnraum geschaffen wird. **Hier ist der Staat in der Pflicht**, im vorliegenden Fall das Land Berlin. Nichts zu tun, ist nicht sozial und schon lange keine ausgewiesene linke Politik, sondern purer Klientelismus, eine durchsichtige Strategie der Wählerstimmenakkumulation – allerdings auf Kosten vieler, vieler Mitbürger dieser Stadt.

Ebenso wenig hilft der Verweis, Berlin sei eine Mieterstadt. Was für die 70er, 80er und 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts richtig war, muss für das zweite Quartal des 21. Jahrhunderts nicht mehr unbedingt zutreffen. Wir wissen, dass Wohnungseigentum dafür sorgt, dass sich die Menschen mehr für die Gesellschaft, in der sie leben, interessieren. Mit Wohneigentum als Altersvorsorge wächst ihr Bedürfnis Verantwortung zu übernehmen und es veranlasst sie dazu, umsichtiger zu sein.

Es gibt sicherlich erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten und eine schnellere Bearbeitung durch den Staat ist

Grundvoraussetzung für mehr und besseren Wohnraum. Um eine konsistente und kohärente Wohnen- und Baupolitik zu schaffen, sollten jene Verordnungen, die in politischem Aktionismus und intellektueller Hektik erlassen wurden, rückgängig gemacht werden. Dies trifft auf die Zweckentfremdungsverordnung wie auch die Zweitwohnungssteuer zu, die beide in Teilen an den anvisierten Zielen vorbei gehen. So ist das Gesetz zur Zweitwohnungssteuer seinerzeit mit dem Argument erlassen worden, dass jeder der in Berlin eine Wohnung unterhält, jedoch in dieser Stadt keine Einkommensteuer zahlt, verpflichtet ist, wenigstens eine Zweitwohnungssteuer zu zahlen. Dies gilt jedoch nicht für einen ausländischen Eigentümer, der für seine leerstehende Wohnung in Berlin keine Zweitwohnungssteuer zahlt. Warum? Für ihn ist die Zweitwohnung in Berlin der erste Wohnsitz in Deutschland und damit nicht zweitwohnungssteuerpflichtig. Diese Formen von Inkonsistenz und Ungerechtigkeit gilt es zu vermeiden.

NICHTS ZU TUN,
IST NICHT
SOZIAL

Uns ist es ernst!

Aus der Verantwortung der Menschen gegenüber anderen Menschen lassen sich Lösungen für das Wohnraumproblem ableiten. Wir haben einige Modelle aufgezeigt, uns schweben weitere Beispiele vor wie etwa die Schaffung einer Generationenbank, einer veränderten Einschätzung unserer Gesellschaft, die nicht mehr auf die Familiensicherung durch Erbschaften angewiesen ist. Ein Bewusstsein, gemeinsam handeln zu

müssen, damit unsere Gemeinschaft nicht auseinanderfällt, ist dabei nicht nur hilfreich, sondern unumgänglich.

Für uns geht es um nichts Geringeres als die Zukunft eines ethischen und sozialen Kapitalismus. Einer, der zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll. Alle unsere Vorschläge sind praktikabel und umsetzbar. Wie? Das können wir Ihnen gerne vorstellen!

GESUNDHEIT

Harald Hasselmann und Andreas Tetzlaff

THEMEN UND THESEN FÜR DAS SYMPOSIUM DES VBKI

BERLIN

PUNKT

2



I. DIGITAL HEALTH CITY BERLIN

- Ausbildung: Berlin Doctors and other Healthcare Professionals become Digital Masters
- Weiterbildung: Berliner Krankenhäuser werden zum Digital Master Hospitals
- Heilverfahren: Digital Therapeutics „made in Berlin“
- Hub for Digital Initiatives: Botschafter Digital Health City Berlin

II. DIGITALE UNTERSTÜTZUNG BEI DER PFLEGE

- Hintergrund/Ist-Situation
- Lösungsansatz

III. EXZELLENZ UND FORSCHUNG IN DER GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

- Anforderungen an die Verwaltung
- Aktualisierung der Zielstellungen
- Vernetzung und Inkorporation neuer Akteure in die Gesundheitswirtschaft

I. Digital Health City Berlin

Berlin ist dabei, sich als führenden Standort der digitalen Gesundheitswirtschaft zu positionieren. Der VBKI unterstützt das Konzept der Digital Health City Berlin. Um Digital Health City zu werden, adressiert der Ausschuss Gesundheit des VBKI jene Themen, die im Kontext der „Digital Health City Berlin“ als erfolgskritisch gelten.

a) Ausbildung:

Berlin Doctors and other Healthcare Professionals become Digital Masters

Ist-Situation:

- Der Ausbildung in den Gesundheitsberufen, auch der Ärzte Aus- und Weiterbildung, mangelt es an Inhalten zum digitalen Kompetenzaufbau.

Lösungsansatz:

- Berlin fördert die Ausbildung in den Gesundheitsberufen im Umgang mit Digital Health Technologien und schafft dafür passende Abschlüsse.
- Dies erhöht auch die Attraktivität der Berufe.
- Die Berliner Krankenhäuser als relevanter Akteur der Leistungserbringung gehen mit gutem Beispiel voran und implementieren diese Vorgaben in die Duale Ausbildung. Ebenso werden die Kostenträger wie Krankenkassen innerhalb ihrer Möglichkeiten eingebunden.
- Die Berufsverbände wie etwa die Ärztekammer werden bei der Entwicklung digitale Aus- und Weiterbildungs-Curricula unterstützt.

b) Weiterbildung:

Berliner Krankenhäuser werden zum Digital Master Hospitals

Ist-Situation:

- Der Entwicklungs- und Umsetzungsgrad wie auch die Qualität digitaler Unternehmensstrategien in den Berliner Krankenhäusern ist unterschiedlich. Zu bestimmen ist eines der Berliner Krankenhäuser, das landesweit als Benchmark fungieren kann.





Lösungsansatz:

- Berlin orientiert sich an den nationalen wie internationalen Benchmarks und zieht für die Krankenhäuser Berlins spezifische Umsetzungsmaßnahmen und entwickelt einen Mindestkatalog.
- Berlin nimmt das Thema Digitalisierung in die Aktivitäten rund um die Krankenhausplanung auf. Das Land soll dazu einen Mindestkatalog an Aktivitäten entwickeln.
- Berlin initiiert ein Format („Digitaler Runder Tisch“). So soll der Austausch zur Digitalisierung und die Entwicklung digitaler Medizin- und Versorgungsstrategien wie Telemedizin, Entlass-Management, Apps für Patienten wie Angehörige unterstützt werden.

c) Heilverfahren:

Digital Therapeutics „made in Berlin“

Ist-Situation:

- In den USA, insbesondere rund um Boston, sind die sogenannten Digital Therapeutics – also durch Software gestützte Therapien (software as a therapy) – die innovativste Entwicklungsstufe im Kontext Digital Health.

Lösungsansatz – Kurzfristig:

- **Deutsche Startups** sind in diesem Kontext ebenfalls aktiv (Caterna Vision, Kaia Health, Tinnitracks).
- In Berlin gibt es ebenfalls entsprechende Startups (m-Sense, Selfapy, Dopavision, neuraltrain, etc.), die unter Digital Therapeutics subsumiert werden können.
- Eine deutsche Krankenkasse (Barmer) war bereits 2014 die weltweit erste Krankenkasse, die eine rein digitale Therapie bezahlt hat.
- Politische Unterstützung, Vernetzung

Mittelfristig:

- **Berlin positioniert sich damit als Hub für Digital Therapeutics.**
- **Berlin könnte damit eine der ersten digital vernetzten Gesundheitsregion werden**, in der Patientendaten zwischen Krankenhäusern und Praxen genutzt werden. Hierfür benötigt es einer „Plattform für Gesundheitsdaten“, die den Standards von HL7 genügt, um die Umsetzung medizinischer Prozessabläufe zwischen den beteiligten Systemen zu vereinfachen und die Interoperabilität zwischen verschiedenen Betreibern und Herstellern zu schaffen.



d) Hub for Digital Initiatives:

Botschafter Digital Health City Berlin

Ist-Situation:

- Berlin verfügt über angesehene **Digital Health Initiativen**, wie z.B. Berlin Health Innovation/Berlin Institute of Health & Charité, Flying Health, Pfizer Healthcare Hub, Bayer Grants4Apps, ...).
- Neue Akteure wie Wellcome Trust und Bill & Melinda Gates Foundation kommen hinzu.

Lösung:

- Diese Akteure werden im notwendigen Maße unterstützt und als **Digital Health Botschafter** genutzt, um die Vorreiterposition Berlins im Digital Health Bereich zu stärken. Dies geschieht durch stärkere Vernetzungsmaßnahmen wie durch eine öffentlichkeitswirksame Werbung.

II. Digitale Unterstützung bei der Pflege

Hintergrund/Ist-Situation:

- **Bis 2030 ist mit einem starken Anstieg der Pflegebedürftigen von aktuell rund 3,2 auf 3,56 Millionen Menschen zu rechnen.** Dabei wird vor allem ein erheblicher Anstieg von Hochbetagten (= älter als 80 Jahre) darüber hinaus in den kommenden 15 Jahren zu verzeichnen sein¹. Ihr Anteil an der Berliner Bevölkerung soll um drei Viertel wachsen.
- Auch bei den Pflegebedürftigen in Berlin wird von einem Anstieg bis 2030 auf 170.000 Menschen ausgegangen. Bereits heute ist Berlin eine Hochburg der häuslichen Pflege: Ende 2015 wurden 75,7 Prozent der Pflegebedürftigen von rund 43.500 Beschäftigten zu Hause betreut. Die Nachfrage nach Pflegekräften wird sich erheblich steigern – sowohl in den Krankenhäusern, im ambulanten Bereich wie in den stationären Pflegeeinrichtungen. Es wird davon ausgegangen, dass **in Berlin bis 2030 mindestens 10.000 Pflegekräfte fehlen könnten**, andere Schätzungen gehen von rund 20.000 Altenpflegerinnen und Pfleger aus.
- Die Nachfrage nach Pflegekräften nimmt auch deshalb so rasant zu, weil es zunehmende gesetzliche Entscheidungen im Pflegebereich – als Stichworte:



Pflegepersonaluntergrenzen, Pflegeberufereformgesetz, Herauslösen des Pflegebudgets aus den Fallpauschalen sowie die Beschlüsse des G-BA – gibt.

- Die Folge ist, dass vorwiegend in den Ballungsgebieten derzeit ein aggressiver Pflegemarkt entsteht, bei dem Abwerbepremien bis zu 15.000 € für eine Pflegefachkraft bezahlt werden. Es entsteht ein Markt für Leasingfirmen, die möglichen Mitarbeitern eine Vielzahl von Angeboten präsentieren:
 - Wunschkostenplan
 - keine Wochenenddienste
 - keine Rufdienste
 - Finanzierung eines Studiums, eines Autos etc.
 - höheres Gehalt
- Es ist absehbar, dass Pflegefachkräfte aus den Krankenhäusern, den stationären Einrichtungen wie den ambulanten Einrichtungen zunehmend in Leasingfirmen abwandern werden. Somit entstehen Wettbewerbsverzerrungen, die bereits während der Ausbildung beginnen.
- Vor allem ist zu befürchten, dass Altenpflegekräfte, die aktuell in den stationären und ambulanten Einrichtungen arbeiten, stärker für Krankenhäuser gewonnen werden. Dies hat eklatante Auswirkungen für die Fachquote in diesen Bereichen. Ob die Hälfte aller Stellen von Fachpflegekräften besetzt werden kann, erscheint fraglich. Auf diese Situation hat die Bundesregierung reagiert und Programme initiiert, mit denen modellhaft die Ausbildung von Personen aus dem europäischen Ausland und aus Drittstaaten gefördert wird. Noch ist nicht abzusehen, ob diese Programme erfolgreich sein werden.
- Gleichzeitig steigt der Aufwand für eine Dokumentation, die zur eigenen rechtlichen Absicherung sowie für die Rechnungslegung dient. **Die effektive Pflegezeit beträgt in der Zwischenzeit weniger als ein Drittel.** Wertvolle Pflegezeit wird durch Fahrtwege und Verwaltungsaufwand verschwendet.
- Generell ist zudem mit Sorge zu beobachten, dass **die Ausbildungszahlen rückläufig sind**, zudem eine hohe Abbruchquote zu verzeichnen ist. Examierte Pflegekräfte verbleiben nach ihrer Ausbildung nicht immer im Beruf bzw. in der direkten Pflege, sondern schließen ein Studium oder Arbeitserfahrung im Ausland an. Zugleich besagt die Alterstruktur im Pflegebereich, dass ca. 40% der Pflegekräfte in den nächsten 5 bis 10 Jahren in den Ruhestand gehen werden.

Lösungsansatz:

- **Im Mittelpunkt muss weiterhin die Arbeit am Menschen und nicht die Dokumentation dieser Arbeit sein.** Pflegekräfte müssen Arbeitsbedingungen vorfinden, die es Ihnen ermöglichen, der Tätigkeit nachzugehen, die sie sich bei ihrem Berufseintritt vorgestellt haben. Aktuell ist es so, dass die effektive

Pflegezeit selbst bei profitablen Diensten weniger als ein Drittel der Arbeitszeit beträgt. Wertvolle Pflegezeiten werden durch Fahrtwege und Verwaltungsaufwand verschwendet. Kürzere Verweildauern erhöhen den quantitativen Dokumentationsaufwand und verdichten somit Arbeit. Durch digitale Unterstützung in der Pflege könnte der Fachkräftemangel der Branche gemindert werden. Zugleich setzt eine Digitalisierung der Dokumentation Zeit für die zwischenmenschliche Beziehung frei. In den Krankenhäusern zum Beispiel ist der Dokumentationsaufwand in den letzten Jahren enorm gestiegen. Dies hat ebenso mit dem Pflegekomplexmaßnahmen-Score (PKMS) wie mit den Beschlüssen des G-BA, die die Regelungen und Vorgaben zur Dokumentation beinhalten. Ziel ist eine schnellere Erstellung einer guten Dokumentation, die jederzeit und überall einsehbar ist. Durch automatisierte Auswertungen können gleichzeitig auch höhere Qualitätsstandards entstehen. Dies ist allerdings nur dann zu garantieren, wenn alle Berufsgruppen das gleiche oder kompatible Dokumentationsmedien benutzen. Unterschiedliche Angebote, die jeweils spezifische IT-Inseln zur Folge haben, sind zu vermeiden.

IM MITTELPUNKT MUSS WEITERHIN
DIE ARBEIT AM MENSCHEN
UND NICHT DIE DOKUMENTATION DIESER
ARBEIT SEIN.

- Digitalisierung in der Pflege ermöglicht zugleich **digitale Verordnungen und Rezepte**, die wiederum die Versorgungsqualität von Patienten und Pflegebedürftigen erhöhen. Allein durch den Wegfall von Papierdokumentationen und der dazugehörigen Logistik könnte erheblich Zeit gespart werden. Die **Verbesserung der Logistik** im Pflegebereich, die Pflegepersonal, Pflegeinstrumente wie Medikamente umfasst, kann zu enormer Zeitersparnis führen. Ebenso sorgt ein digitales Entlass-Management bei Krankenhäusern dafür, dass Kosten gesenkt und die Betreuungsqualität erhöht wird. Die Vernetzung der unterschiedlichen Kostenträger mit Patienteninformationen erhöht die Qualität der Versorgung und reduziert die Kosten. Generell gilt, dass der Abbau von Verwaltung in Pflegediensten eine Einsparung der Kosten beinhaltet, die zu einer höheren Vergütung für Pflegekräfte führen kann. **Neben Überarbeitung und dadurch mangelnder Produktivität aufgrund nicht zu besetzender und besetzter Stellen ist die nicht adäquate Bezahlung von Pflegefachkräften weiterhin ein Problem.**



- Digital können auch Touren besser geplant werden. **Digitale Planung in Echtzeit** sorgt für optimierte Routen und dadurch weniger Zeit auf der Straße, erhöht Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit der Versorgung und sorgt somit für mehr Zeit für die Patienten. So können Kapazitäten freigesetzt werden, die die Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit der Versorgung gewährleisten. Ein digitales Matching zwischen Patienten und Pflegekräften ermöglicht zudem kieznahe Arbeiten und steigert die Attraktivität des Berufes. Sie ermöglicht auch, einen ambulanten Pflegedienst ohne PKW und reiht sich damit gut in die nachhaltige Stadt ein.
- Zuletzt gibt es Vorteile durch die **elektronische Erfassung von Pflegeleistungen und einer automatisierten Abrechnung**. Automatisierte Abrechnungen führen zu einer größeren Transparenz von Leistungen. Beide Aspekte führen zu einer schnelleren Abrechnung und damit auch zu einer rascheren Finanzierung von Pflegeunternehmen.

III. Exzellenz und Forschung in der Gesundheitswirtschaft

Die Berliner Region weist eine Vielzahl von Unternehmen auf, die in den Bereichen Pharma, Medizintechnik, Biotechnology oder Versorgung tätig sind. Einige von ihnen sind weltweit tätige Unternehmen und haben eine Spitzenstellung im Markt (z.B. Otto Bock, Biotronik, Carl Storz, Eckert und Ziegler). Diese Unternehmen sind in vielerlei Hinsicht auf Forschung und exzellente Wissenschaft angewiesen, z.B. als Forschungs- und Entwicklungspartner für neue Produkte oder als Talentschmiede für Mitarbeiter.

a) Anforderungen an die Verwaltung

Berlin mit seiner **Gesundheitswirtschaft ist ein attraktiver Ort für globale Akteure**. So ist die Entscheidung von Siemens vom Herbst letzten Jahres zu begrüßen, etwa 600 Millionen Euro in der Siemensstadt in einen Siemens-Campus zu investieren. Für das Ziel einer Digital Health City Berlin ist es essentiell, dass die Gesundheitswirtschaft ein Handlungsfeld von Siemens wird. Damit bestünde die nahezu ideale Möglichkeit, Wissenschaft und Forschung sowie die Industrie zu vernetzen und beides zu stärken.



Obwohl die Entscheidung aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen wie der historischen Verpflichtung Siemens für Berlin die Entscheidung eigentlich auf der Hand lag, stellt man bei einem genaueren Blick und bei genauerem Zuhören fest, dass die Entscheidung für diese Investition knapp gewesen sei, auch aufgrund der mangelnden Unterstützung seitens des Senats. Ein wenig ist man an die Absage von Google an eine Investition in Berlin erinnert. Beide Themen lassen keinen guten Trend befürchten.

Zu wünschen wäre eine aktivere Rolle des Senats, Siemens und insbesondere anderer Unternehmen bei der Entwicklung der Flächen zu unterstützen. Jetzt müssten Flächen für Unternehmen erörtert werden, die sich neben Siemens ansiedeln können. Begleitende Infrastruktur wie Wohnen, Leben, Arbeiten und Mobilität muss diskutiert werden. Personen oder Verwaltungseinheiten, die sich um die Siemensstadt kümmern sollen, müssen mit adäquaten Ressourcen und Kompetenzen ausgestattet sein. Das Projekt darf nicht in einem Konkurrenzgerangel verschiedener Senatsverwaltungen zerrieben werden.

- **Investitionspolitik ist Zukunftspolitik. Zukunftspolitik ist Chefsache.**

FORSCHUNG UND INDUSTRIE VERNETZEN

- Verwaltung muss sich als proaktive unterstützende Einheiten verstehen, ausgestattet mit notwendigen Ressourcen und Kompetenzen.

b) Aktualisierung der Zielstellungen

Der Ausschuss Gesundheit erkennt die Anstrengungen und Leistungen der Berliner Politik und Verwaltung an. Er wünscht sich, dass dieses Engagement weiter anhält. Auf die Frage, wie Wissenschaft und Wirtschaft zusammenkommen können, hat Berlin die klassischen Antworten gegeben: Institutionen sollen die Vernetzung fördern, z.B. über das Clustermanagement HealthCapital oder über die Gesundheitsstadt Berlin.

Von Seiten der Verwaltungen werden allgemeine und unspezifische Ziele erarbeitet. Im Masterplan Gesundheitsregion Berlin Brandenburg (2014) werden Ziele genannt, die vor fünf Jahren gültig waren, aktuell gültig sind und es auch in 50 Jahren noch sein werden.

- Es muss kritisch hinterfragt werden, ob die Formate von früher noch die richtigen sind, um Forschung und Industrie miteinander zu vernetzen.
- Im Bereich der Startups haben Inkubatoren die Koordinationsfunktion übernommen. Sie sind die erste Adresse, bei denen sich Startups mit Interesse am Standort Berlin melden.
- Wie können smarte Ziele definiert werden, die den aktuellen Entwicklungen, Anforderungen und Rahmenbedingungen entsprechen? Wie werden sie nachgehalten? Welche positiven wie negativen Sanktionsmöglichkeiten gibt es?

BILL-UND-MELINDA-GATES-FOUNDATION

c) Vernetzung und Inkorporation neuer Akteure in die Gesundheitswirtschaft

Berlin hat ein gutes Standing im Bereich Exzellenz und Forschung mit der Hasso-Plattner-Stiftung, dem Berlin Institute of Health, dem Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin und den Max-Planck-Instituten erarbeitet.

Damit es dieses Standing ausbauen kann, muss es den Blick auf Entwicklungen richten, die außerhalb der eigenen Verantwortung liegen, aber höchst erfreulich sind. Zu diesen Entwicklungen gehört auch die Ansiedlung der Bill-und-Melinda-Gates-Foundation sowie des britische Wellcome Trust. Beide haben bekannt gegeben, dass sie Büros in Berlin eröffnen werden. Die beiden größten globalen privaten Stiftungen sind nunmehr in Berlin.

Für die Stiftungswelt zum einen, für die Gesundheitswirtschaft zum anderen eine Sensation, die dennoch weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, der Politik und Verwaltung stattfindet. Es ist den Leistungen der vergangenen Jahre zu verdanken, dass internationale Einrichtungen auf Berlin aufmerksam werden. Der World Health Summit hat dazu besonders beigetragen. Es wird höchste Zeit, dass die Politik diesen Einrichtungen mehr Aufmerksamkeit schenkt und eine Willkommenskultur für diese Institutionen entwickelt. Dies vor allem auch vor dem Hintergrund, dass Global Health sich zum einen der Zukunftsthemen entwickeln wird.

Es ist erfreulich zu hören, dass die Ansiedlung einer Berliner Dependence der Oxford University zur Chefsache erklärt wurde und vom Regierenden Bürgermeister persönlich gemanagt wird.

INTELLIGENTE INFRASTRUKTUREN

André Beutler, Gabor Beyer und Michael Knoll

WIE SMART IST BERLIN?

BERLIN

PUNKT 3



Weltweit wachsen die Metropolregionen und sie sehen sich mit infrastrukturellen Herausforderungen einerseits und neuen Nutzungsansprüchen andererseits konfrontiert. Probleme wie knapper werdender Raum, demographischer Wandel, Umweltbelastungen, steigende Kosten und stetig höhere Belastungen der Nutzung machen intelligente Wege und Verfahren notwendig. Mit Hilfe **smarter Technik** erhoffen sich Städte Lösungen für ihre ökologischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Herausforderungen. **Im Wechselspiel**

zwischen Verwaltung, Politik und Bürger möchten Städte effizienter, technologisch fortschrittlicher, grüner, nachhaltiger und sozial inklusiver werden.

Auch Berlin als wachsende Metropole hat sich auf den Weg zu einer Smart City gemacht. Im April 2015 veröffentlichte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt eine „Smart City Strategie“². Ziel, Auftrag und Dimension gehen aus folgender Textstelle hervor, die den Anspruch als eine der zentralen Städte Europas unterstreichen soll:

„2050 werden ca. 70 % der Weltbevölkerung in Städten leben. Dies wird den bestehenden Druck auf die öffentlichen Infrastrukturen und Daseinsvorsorgeleistungen deutlich erhöhen. Angesichts dieser Herausforderungen sollen Smart-City-Konzepte zeigen, welche Chancen sich bieten, Städte und Metropolregionen unter Nutzung moderner Technologien nachhaltig lebenswert und zukunftsfähig zu gestalten. Zugleich erschließt sich hier ein potenzieller Markt für spezifische Lösungen und Technologien.“ (S.4)

Anspruch und Wirklichkeit

Mit dieser Smart City-Strategie setzt Berlin sich ambitionierte Ziele – Ziele, die das Land auch unter der Prämisse der Gemeinwohlorientierung verfolgt. Um die Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 zu erreichen, möchte es die Nutzung endlicher Ressourcen verringern, den Einsatz erneuerbarer Energien etablieren und die Ressourceneffizienz steigern. Es möchte die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ausbauen, die Wirtschaftskraft steigern und neue Arbeitsplätze schaffen.

Es möchte die Daseinsvorsorge durch öffentliche Verwaltung, kommunale Unternehmen und soziale Träger langfristig sichern und optimieren. In der Verwaltung eine transparente Entscheidungskultur stärken und Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe ausweiten. Mit all diesen Maßnahmen möchte Berlin die Lebens- und Standortqualität erhöhen.

Ziele zu verkünden ist das eine, sie zu realisieren das andere. **Wie weit ist Berlin auf dem Weg zu einer**

„Smart City“? Wie weit liegen Anspruch und Wirklichkeit auseinander? Wie weit ist die Hauptstadt Deutschlands im Vergleich mit anderen Metropolregionen, die diesen Titel ebenfalls für sich beanspruchen?

Leider gibt es aufgrund vielfältiger Studien und Definitionen einer „Smart City“ viel Spielraum sich innerhalb verschiedenster Datenerhebungen zu positionieren. Der Ausschuss Intelligente Infrastruktur des VBKI hat sich daher die Aufgabe gestellt, einen **„Smart City Index“** zu entwickeln, der eine Vergleichbarkeit der Metropolregionen ermöglicht. Ziel des VBKI ist es, eine Definition

für „Smart City“ entwickeln, um daraus einen Index abzuleiten, der empirisch die Vergleichbarkeit von Millionenstädten sowohl in Deutschland als auch in Europa ermöglicht. Dieser soll im besten Fall die Richtung schärfen, Entscheidungshilfen liefern und letztlich zur Umsetzung bewegen. Dabei sollen einzelne Themen oder ganze Themenfelder indiziert, anschließend für einen Vergleich vorbereitet, schlussendlich in einem Benchmark visualisiert werden.

Dieser Index böte dann die Chance, Entwicklungspotentiale oder Schwächen im Vergleich zu anderen europäischen Millionenstädten abzubilden.

ER DEFINIERT STANDARDS, UM EINERSEITS ÜBER DIE VERGLEICHBARKEIT MIT ANDEREN STÄDTEN ZU INFORMIEREN UND DARAUS EIN RANKING ABZULEITEN, ANDERERSEITS, UM EINEN ERWARTUNGSDRUCK GEGENÜBER POLITIK UND VERWALTUNG ZU FORMULIEREN.

Die Klassenbesten im internationalen Vergleich

In der Zwischenzeit gibt es etliche Indices zum Thema „Smart City“, die Städte in Rankings miteinander vergleichen. Zwei der relevantesten sind der European Digital City Index 2016³ sowie der Smart City Strategy Index⁴, den das Unternehmen Roland Berger veröffentlicht hat. In beiden Rankings schneiden **London und Wien** als Klassenbeste ab, so auch in der jüngsten Studie von Roland Berger vom März 2019. In diesem neuen Index wird Wien für seine

ganzheitliche Rahmenstrategie und für seine innovativen Lösungen für Mobilität, Umwelt, Bildung, Gesundheit und Verwaltung sowie einer Fortschrittskontrolle der einzelnen Projekte gelobt. An zweiter Stelle im Ranking folgt London. Botschaft der Studie jedoch ist, dass vor allem asiatische Metropolen mit Smart City-Konzepten überzeugen. Weit abgeschlagen dazu die deutschen Städte, lediglich Berlin befindet sich im oberen Drittel des Rankings.

Warum Wien und London so gut abschneiden, wird ersichtlich durch folgendes Schaubild.

Wien und London schneiden stark vor allem in den Feldern Government, Infrastructure, Policy & Legal Framework, Stakeholders, Coordination und Plan ab. Dies wird ersichtlich, wenn man die gestrichelten Linien betrachtet, die den „overall average“ aller von Roland Berger untersuchten Städte markiert.⁵ Gerade die genannten Felder werden von der

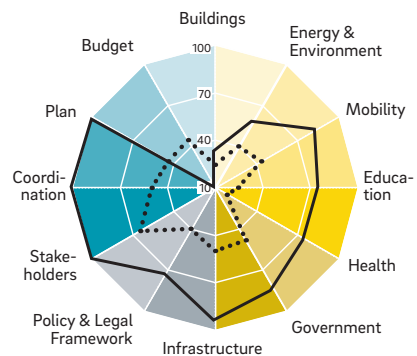
österreichischen und britischen Hauptstadt exzellent bearbeitet. Offensichtlich ist zudem, dass nicht Geld die Probleme löst. London gibt weniger Geld aus als der Durchschnitt aus. Wien ist noch sparsamer.

Welche Dimensionen und Aspekte, Kategorien und Indikatoren Roland Berger dabei zugrunde legt, wird durch folgendes Schaubild deutlich⁶:

1 Vienna

Country: **Austria**
Population²: **1.7 million**

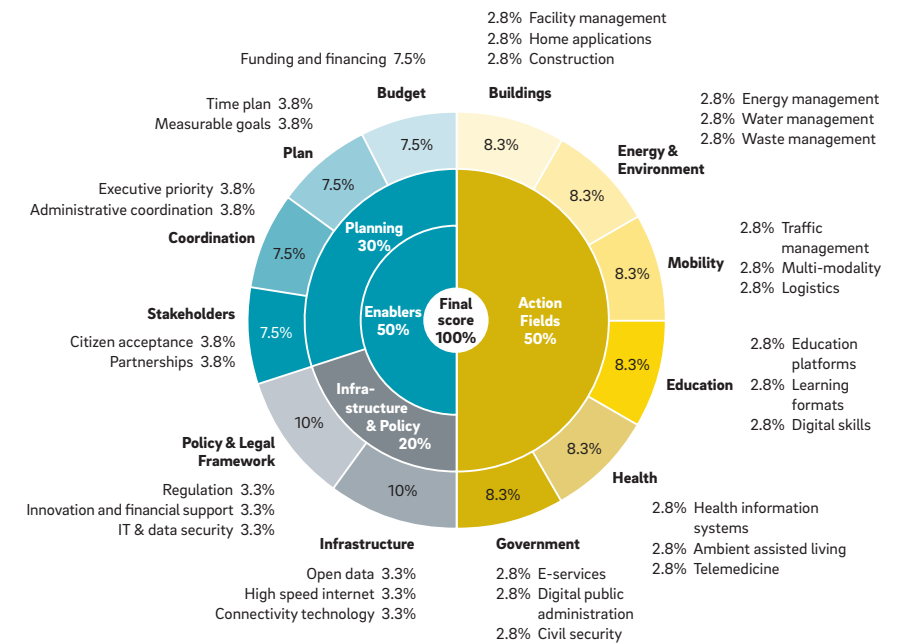
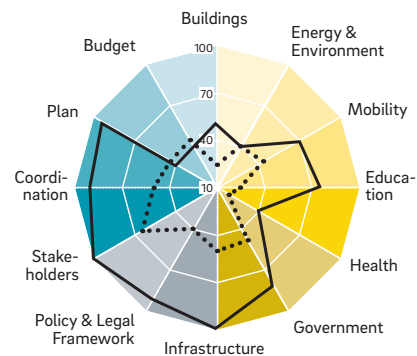
Smart City Wien/Digital Agenda Wien (2015/2017)
Total score: 74



2 London

Country: **United Kingdom**
Population²: **8.3 million**

Smarter London Together (2018)
Total score: 73



Als Stärken Wiens und Londons werden vor allem der sehr gute Zugang zu Kapital sowie die Knowledge Spillovers aufgrund der Qualität der Wissenschaftslandschaft genannt. London zeichnet sich zudem eine unternehmerische Wagnis-Kultur, vor allem im Digital-Bereich, sowie für die Offenheit für technologische Entwicklungen und Innovationen aus. Ebenfalls positiv konnotiert wurden die guten Marktzugänge und -bedingungen. Die österreichische Hauptstadt ist laut Smart City Strategy Index die am besten aufgestellte Stadt, um digitale Neuerungen, Lösungen und Services zu implementieren und umzusetzen. Wien stellt die Benchmarks bei E-Health, Open Public Data und Virtual Office dar. Diese Stärken überwiegen dann auch die Schwächen, wie die hohen Lebenshaltungskosten, die hohen Löhne und eine mangelhafte digitale Infrastruktur in der britischen Hauptstadt oder die fehlende digitale Unternehmenskultur in Wien, die sich in einer geringen Dichte von Neugründungen und Start-Ups zeige.

Noch eins zeichnet die britische wie die österreichische Hauptstadt aus. Dass Städte sich zu einer Smart City entwickeln, hat nicht nur mit technologischen Entwicklungen zu tun, sondern vor allem mit den Kapazitäten und Kompetenzen, diese sinnvoll und zielorientiert zu implementieren und umzusetzen. Thilo Zelt, Partner bei Roland Berger, beklagt, dass „in vielen Städten eine zentrale Funktion mit dem entsprechenden Know-how fehlt, die das Projekt Smart City koordiniert und vorantreibt.“⁷ Dies unterscheidet London und Wien von anderen Städten.

Beide Städte verfügen über zentrale Steuerungs- und Entscheidungsorgane: Den Chief Digital Officer in London und die Smart City Agency in Wien.

Unter europäischen Metropolen schneidet auch Paris stark ab. Beim European Digital City Index 2016 wird die französische Hauptstadt als die zweit-smarteste City Europas geführt, laut Smart City Strategy Index als die 10.-smarteste. Die Stärken sind auch hier der hervorragende Zugang zu Kapital, vor allem für Early-Stage-Funding und die Knowledge Spillovers aufgrund der Qualität der Wissenschaftslandschaft. Hinzu kommt aber auch die sehr gute digitale Infrastruktur und Open Data Politik. Paris zeichnet sich auch durch eine ambitionierte Stadtpolitik aus, die mit ihrer Vision von Paris Smart City 2050 die Reduktion der Treibhausgasemissionen um 75 Prozent in den kommenden 35 Jahren erreichen möchte. Negativ zu Buche schlagen die hohen Lebenshaltungskosten und Büromieten.

Neben dem von Berlin aus gesehen im Westen liegenden Paris schneidet Warschau im Osten relativ schlecht ab. Laut European Digital City Index 2016 ist sie an 38. Stelle, der-smartesten Städte Europas – von insgesamt 60 Städten. Zwar hat die polnische Hauptstadt den Zugang zu Kapital verbessert und ebenso kann sie auf große Ambitionen seitens der Stadtverwaltung verweisen, mehr als vier Jahrzehnte Sozialismus machen sich aber immer noch durch eine schwach ausge-

prägte Unternehmenskultur bemerkbar. Hart ins Kontor schlägt der Brain Drain: Aus Warschau zogen seit 1989 etwa 2 Mil-

lionen, vor allem junge und ambitionierte Polinnen und Polen weg.

Welchen Platz belegt nun Berlin?

Laut European Digital City Index 2016 ist sie die 6.-smarteste Stadt Europas.

Berlins Stärken decken sich mit denen von London, Wien und Paris – hervorragender Zugang zu Kapital, vor allem für Early-Stage-Funding, Knowledge Spillovers aufgrund der Qualität der Wissenschaftslandschaft –, zusätzlich werden auf die hervorragende Lebensbedingungen und die ausgeprägte Unterstützungs- und Förderkultur bei nichtmateriellen Aspekten verwiesen. Lebensbedingungen, die Berlin zu einer wachsenden Metropole machen. Berlin ist und bleibt weiterhin Hot Spot und

Sehnsuchtsort der Jungen und Kreativen Deutschlands, Europas, ja, gar der ganzen Welt. Dieser Brain Gain sei im Vergleich zu Warschau noch einmal erwähnt. Als Schwäche wird die schlechte digitale Infrastruktur bezeichnet. Zusätzlich möchte man auf die überforderten Verwaltungen der deutschen Hauptstadt verweisen.

Aber: Stimmen die Ergebnisse dieser beiden vorgestellten Indices überhaupt? In dem ausgeklügelten und differenzierten Smart City Index des schwedischen Unternehmens EasyPark taucht lediglich Wien als eine der fünf bisher genannten Städte unter den Top Ten auf, Berlin landet auf Platz 21, London lediglich auf Platz 45.⁸

Welche Schlüsse zieht der Ausschuss Intelligente Infrastrukturen?

Selbst anhand dieses kurzen Überblicks wird deutlich, dass die bestehenden Indices zum Themenfeld Smart City unterschiedliche Ergebnisse produzieren. Dies ist aufgrund unterschiedlicher Fragestellungen, Perspektiven und

Gewichtungen der einzelnen Indikatoren, die den jeweiligen Indices zugrunde liegen, nachvollziehbar. Die verschiedenen, oft widersprüchlichen Aussagen machen es schwer, ein objektives und aussagekräftiges Bild zu gewinnen, wie

weit eine Stadt auf dem Weg zu einer Smart City ist.

Der Ausschuss Intelligente Infrastrukturen beim VBKI treibt die Frage um, ob es bereits einen aussagekräftigen Index gibt, der die verschiedenen Bereiche, so wie sie zum Beispiel der Smart City Strategy Index Roland Berger oder der Smart City Index von EasyPark erarbeitet hat, zusammenführt und objektiv gewichtet? Wenn es diesen Index nicht gibt, wie müsste er im Idealfall aussehen? Ein solcher Index sollte als Tool genutzt werden können, um den aktuellen Zustand einer Stadt zu messen sowie die Umsetzung und Implementierung der Bestandteile von Smart City zu monitoren und zu bewerten.

Den VBKI interessiert dabei sehr, wie Berlin abschneidet. In manchen Bereichen sehr gut, in manch anderen weniger gut.



Ist die Hauptstadt in den entscheidenden Bereichen gut aufgestellt?

Aus den unterschiedlichen Indices geht dies nicht klar hervor, auch weil eine politische Bewertung fehlt.

Mit der „Smart City Strategie“ hat der Senat 2015 ambitionierte Ziele vorgegeben. Dass die Studie von Roland Berger, die auch und vor allem die Planungs-, Koordinierungs- und Steuerungskapazitäten einer Stadt bewertet, Berlin aber lediglich im oberen Drittel verortet, verweist indirekt auf die Mängel in der Umsetzung. Offensichtlich besteht ein Defizit darin, dass **Berlin ein zentrales**

Steuerungs- und Entscheidungsorgan fehlt, so wie es die erfolgreichen Städte wie London und Wien aufweisen.

Einen solchen Index zu entwickeln, der nicht nur die technologischen Aspekte beinhaltet, sondern auch Fragen von Good Governance von Bewertung, Umsetzung und Implementierung nachgeht, ist Ziel des VBKI. Ein Index, der Bedürfnisse und Bedarfe analysiert sowie Politik und Verwaltung unterstützt, Prioritäten zu setzen und Entscheidungen zu treffen.

Letztlich möchte der VBKI zu der Berliner Institution werden, die eine Treiberrolle im Bereich Smart City übernimmt, Standards definiert und als Sprachrohr der Berlinerinnen und Berliner fungiert.

Einerseits, um zu informieren, andererseits, um einen Erwartungsdruck gegenüber Politik und Verwaltung zu formulieren. Wir suchen einen Schulterschluss zwischen Politik und Verwaltung auf der einen Seite und VBKI auf der anderen Seite. Wir sind bereit für eine gemeinsame Erarbeitung eines solchen Tools, wobei der VBKI als gemeinnützige Organisation die Verwertbarkeit sicherstellt. Auf die Frage, wie wir diese Zielstellungen erreichen können, erhoffen wir uns wertvolle Anregungen seitens des Symposiums.

MOBILITÄT

MOBILITÄTS-ANFORDERUNGEN AN DIE METROPOLREGION BERLIN-BRANDENBURG

BERLIN

PUNKT

4

»Berlin soll mobiler, sicherer und klimafreundlicher werden. In einer wachsenden Millionenstadt wie Berlin gelingt das nur, wenn alle Verkehrsmittel – also Bus, Bahn, Fahrrad, Auto, Fußverkehr – mit ihren Stärken berücksichtigt werden«,

schreibt die Senatsverwaltung Umwelt, Verkehr und Klimaschutz auf ihrer Website. Den Handlungsrahmen hierzu gibt das im Juli 2018 verabschiedete das Berliner Mobilitätsgesetz vor.

In Paragraph 1 heißt es:

„Zweck dieses Gesetzes ist die Bewahrung und Weiterentwicklung eines auf die Mobilitätsbedürfnisse in Stadt und Umland ausgerichteten und dabei stadt-, umwelt-, sozial- sowie klimaverträglich ausgestalteten, sicheren, barrierefreien Verkehrssystems als Beitrag zur individuellen Lebensgestaltung und zur inklusiven Lebensraumgestaltung sowie als unverzichtbarer Bestandteil einer funktionierenden zukunftsfähigen Metropolregion.“

Und weiter:

„Zur Erreichung des (...) genannten Zweckes sollen die verschiedenen Verkehrsmittel mit ihren spezifischen Stärken zum Einsatz kommen, um das Gesamtsystem im Hinblick auf die Anforderungen der Zukunft zu optimieren.“

Auf sechs Bausteine verweist das Mobilitätsgesetz:

- Mobilität allgemein
- ÖPNV
- Radverkehr
- Wirtschaftsverkehr (in Vorbereitung)
- Fußverkehr (in Arbeit) sowie
- intelligente Mobilität

Ziel ist es, für mehr Gleichberechtigung aller mobilen Verkehrsteilnehmer im Berliner Straßenverkehr zu sorgen. Das Berliner Verkehrssystem soll leistungsfähiger, sicherer und barrierefrei werden.

Der VBKI unterstützt diese allgemeinen Anforderungen der Politik an die Mobilität von morgen. Die wachsende Stadt wie die gesamte Metropolregion Berlin braucht neue Konzepte, um den weiterhin steigenden Mobilitätsanforderungen, den Erwartungen der Bewohner an eine lebenswerte Stadt sowie die politische Vorgaben, einen klimaneutralen Verkehr der Zukunft durch Senkung der CO₂-Emission zu verwirklichen, gerecht zu werden.

Auch wenn der VBKI mit den Zielen des Mobilitätsgesetzes übereinstimmt, so unterscheidet er sich jedoch grundlegend von den Ansätzen des Senats. Das im Gesetz formulierte integrierte Verkehrssystem stellt sich für den Ausschuss Mobilität des VBKI als eine Ansammlung

von Einzelmaßnahmen dar. Einzelmaßnahmen, die von dem Senat nahestehenden Lobbygruppen initiiert wurden. Die Folge: Mit demselben Geltungsanspruch der Vergangenheit, die die autogerechte Stadt der Gegenwart hervorgebracht hat, wird nun die Fahrradstadt der Zukunft entworfen. Dieser Geltungsanspruch verliert dabei die vielfältigen gegenseitigen Wechselwirkungen aus dem Blick, die eine wachsende Millionenmetropole funktionsfähig und mobil halten.

Vorliegendes Papier illustriert an drei ausgewählten Schwerpunkten die unterschiedliche Herangehensweise des VBKI: beim **Lieferverkehr**, beim **Öffentlichen Personennahverkehr** (ÖPNV) und bei der **Digitalisierung**. Folgende Prämissen gelten für den VBKI:

- Betrachtung des Gesamtsystems „Mobilität“
- System- und zukunfts offene Planung
- „Ausgleich der Interessen“ durch Einbindung aller relevanten Stakeholder

Schwerpunkt: Wirtschaftsverkehr

In aller Kürze und Schärfe:

Der Senat hat kein Konzept, um die Voraussetzungen für ein funktionierendes, effizientes und klimaneutrales Wirtschafts- und Logistiksystem zur Versorgung der Stadt zu schaffen.

Dies ist auch im Sinne der Daseinsfürsorge als hochkritisch anzusehen.

Innerstädtische Last-Mile-Projekte wie Warendistribution über Lastenfahrräder und Mikro-Logistikhubs sind unbestritten ein Teil der Lösung, aber nur einer von vielen und dabei ein relativ kleiner.

Wenn aktuell über die Neuverteilung des Stadt- und Straßenraums nachgedacht wird, findet dies in den Kategorien der traditionellen Stadt- und Verkehr-

splanung statt. Es bleiben intelligente, zukunfts offene Ansätze wie Einsatz von KI, autonome Systeme und smarte Ladungsträger und Produkte außen vor. Die Gesamtheit der Logistikkette wird nicht ausreichend mitgedacht. Interessanterweise werden auch begleitende, regulatorische Ansätze nur mit „spitzen Fingern“ angefasst.



Dafür setzt sich der **VBKI** ein:

- Die Länder Berlin und Brandenburg einigen sich verbindlich auf einen „Fahrplan“ und schaffen die infrastrukturellen Voraussetzungen, damit alle Beteiligten Güter- und Warenströme in die Stadt und aus der Stadt heraus klimaneutral, effizient, intelligent (d.h. datenbasierend) organisieren können. Makro- und Mikroverteilung sind gleichwertige Bestandteile der Lieferkette und stehen nicht nebeneinander.
 - Dafür bauen Berlin und Brandenburg die Verkehrsinformationszentrale (VIZ) zu einer gemeinsamen Plattform für das Sammeln, Austauschen, Bereitstellen und Abfragen von Verkehrsdaten aller Verkehrsträger sowie für ein verkehrsübergreifendes Steuerungssystem aus.
 - Ausbau der schienengebundenen Infrastruktur, Optimierung der Verfügbarkeit des Netzzugangs zu „Schiene“ und Wasser (!) als weitere Lieferwege.
 - Einrichtung von 5G-basierenden Testfeldern für betreiberneutrale Distributionsbereiche, autonome Transport- und Umschlagzentren (inkl. Mikro-Hubs). Im Falle von KEP-Diensten werden Endkunden aktiv in ein neues Ökosystem „Lieferkette“ eingebunden.
 - Geförderte Umstellung der Lieferflotten auf elektrischen Antrieb
 - Synergetisches Zusammenwirken von allen Versorgern der Stadt inkl. BVG, Bahn, Taxi- und Sharing-Dienste, BSR und Netzbetreibern in den Bereichen Verkehrs- und Stromversorgungsmanagement, Vereinheitlichung der vorhandenen Standards (z.B. Bewegungsdaten) in diesem Zusammenhang
 - Förderung von netzdienlichem, klimaneutralem Verhalten (Beispiel: Steuer- oder Zufahrtsprivilegien, Vorrang bei öffentlichen Aufträgen)
 - Aktive, **ergebnisoffene** Förderung der Zusammenarbeit von Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Wissenschaft
 - Strikte Ausrichtung auf datenbasierte, offene und lernende Lösungskonzepte
- Mit dem Ansatz verbindet sich u.a. die Erwartung, dass es trotz einer weiterhin zu erwartenden Zunahme von KEP- und On-Demand-Lieferungen zu einer raumschaffenden Reduzierung der innerstädtischen Verkehrsbelastung kommt.

Schwerpunkt: ÖPNV

Zu Recht nimmt der ÖPNV im Berliner Mobilitätsgesetz eine wichtige Rolle ein.

Der ÖPNV ist mit weit über einer Milliarde Fahrgäste 2018 das unverzichtbare Rückgrat des Berliner Personentransports.

Gleichzeitig wissen wir um die Schwächen des Berliner ÖPNV. Die vorhandene ÖPNV- und Verkehrsinfrastruktur – seien es Schiene, Straßen, Brücken, Fuhrpark, technische Ausrüstung, Digitalisierung – bedarf in großen Teilen einer dringenden und drängenden Sanierung. Darüber hinaus fehlen – angefangen vom Fahrpersonal bis hin zu den Planungskapazitäten – die Menschen, um prospektiv, systemisch, belastbar und verlässlich die Aufgaben der Zukunft angehen zu können.

Auch hier gilt: Während es zur Bedeutung des ÖV längst einen Konsens zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gibt, werden auch in Berlin zeitraubende und ineffiziente Debatten um Einzelmaßnahmen geführt.

Ohne die quantitative und qualitative Entwicklung des ÖPNV mit seinen ergänzenden inter- oder multimodalen Angeboten ist eine Verlagerung weg vom Motorisierten Individualverkehr und die

damit verbundene Erreichung von gesetzlichen Klimazielen nicht möglich.

Der Verband der Verkehrsunternehmen verweist in diesem Zusammenhang auf den Ausbau des Transportangebotes hin: Ohne ausreichende Kapazität ist alles nichts. Daneben darf nicht außer Acht gelassen werden, dass der Wandel im Verkehrssektor alle erdenklichen Ebenen betrifft. So müssen z.B. kommunale Grenzen und Landesgrenzen überwunden werden. Hier sei als abschreckendes Beispiel auf die ABC-Tarifstruktur im Umweltverbund hingewiesen. Aber es wird in überkommenen Strukturen und Einzelverantwortlichkeiten gedacht und gearbeitet.

Daher unterstützt der **VBKI** ausdrücklich jede Maßnahme, die den ÖPNV in die Lage versetzt, seine Aufgaben besser und vor allem zukunftssicher zu erfüllen:

- Konsequenter Ausbau des ÖV – ohne ideologische, wirtschaftliche oder systembedingte Scheuklappen, wenn es um das „richtige“ Verkehrsmittel geht wie Bus, Tram, U-Bahn, S-Bahn oder Regio geht. Die allseitigen Schwierigkeiten, die kommunale Unternehmen durch ihre Eigentümer auferlegt bekommen, gilt es rasch zu überwinden. Es wird ein regulatorischer Rahmen durch den Gesetzgeber benötigt, der einen geordneten „Systemsprung“ zulässt

- Verknüpfung der urbanen Berliner Mobilität mit Potsdam, dem „Speckgürtel“ und dem ländlichen Raum in Brandenburg. Dies bedeutet eventuell auch die Einführung völlig neuer Transportangebote wie z.B. Tramtrain-Lösungen
- Infrastrukturausbau und -entwicklung sowie Digitalisierung als Voraussetzung für die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle im ÖV inkl. Sharing- und On-Demand-Diensten
- Wie im Lieferverkehr synergetisches, systemoffenes Zusammenwirken auf gemeinsamer Datenbasis mit allen anderen Mobilitätsdienstleistern, Ver- und Entsorgern, Behörden, Verkehrssteuerung
- Konsequentes Aufsetzen der innerstädtischen Mobilitätsprozesse auf einer digitalen, intelligenten Plattform. Die Vorteile sind sowohl für den Betrieb wie für Kunden von großem Vorteil:
 - Steuerung der operativen Prozesse verbunden mit der Steigerung der technischen Verfügbarkeit von Mobilität; laufende Verfügbarkeit von „echten“ Bewegungs- und Belastungsdaten im System zur Verkehrssteuerung
 - Intelligente Verknüpfung der Mobilitätsangebote für Fahrgäste in Echtzeit in Hinsicht auf Fahrpläne, Anschlüsse und Tarifstruktur

Schwerpunkt: Digitalisierung

Dem VBKI ist klar:

Die Zukunft der Mobilität in Berlin-Brandenburg beruht auf der Digitalisierung als wesentliches Schlüsselinstrument.

Die Digitalisierung verändert nicht nur die Mobilitätsanforderungen und -bedürfnisse der Nutzer und Kunden, sie ist zugleich die Voraussetzung dafür, dass Mobilitätsbedürfnisse der Menschen in Zukunft überhaupt erfüllt werden kann –

innerstädtisch, regional, national und darüber hinaus.

Das aktuelle Handeln in Silodenken muss schnellstes überwunden werden. Die gegenwärtige Infrastrukturpolitik schreibt das Bestehende bestenfalls evolutionär fort. Domänenübergreifende Kompetenz und mutige Entscheidungen fehlen, obwohl das ganze Land sich intensiv mit dem Thema „Mobilität“ befasst. Der Wettbewerb um den Verkehrsraum und die anhaltenden Defizite bei der Umsetzung von technischen Möglichkeiten führen bei einem „Weiter-so!“ zum Stillstand. Dies ist nicht unsere Vorstellung von „Verkehrswende“.

Der **VBKI** fordert alle Systembeteiligten auf, die digitale Revolution vollumfänglich in die Organisation unserer Mobilität bzw. Mobilitätsbedürfnisse einzubringen. Wie bereits dargestellt, könnte die VIZ eine aktive Plattform des notwendigen Datenmanagements werden. **Es gibt vielfache Best-Practice-Beispiele aus der ganzen Welt, die als Orientierungsrahmen bestens geeignet sind, Lösungen zu übernehmen oder weiterzuentwickeln.**

Die Berliner Partnerstadt Los Angeles sei als Beispiel genannt. Schon 2016 hat

das LA Department of Transportation die urbane Mobilität im digitalen Zeitalter als Teil einer Technologiestrategie formuliert und begonnen umzusetzen. Auch in LA müssen verschiedenste Anforderungen wie zunehmenden Verkehr, Wettbewerb der Verkehrsträger, Sicherheit (Vision Zero) und Umweltschutz unter „einen Hut“ gebracht werden. **Data as a Service** ist eine Maßnahme in Los Angeles, die auch für Berlin einen Lösungsansatz darstellen könnte: LA stellt ein „Operating System“ der Stadt für die Stadt. In Echtzeit und permanent tauschen sich Mobilitätsteilnehmer und große Infrastrukturen wie Flughafen (!), Hafen, Logistikzentren, Parkhäuser etc. und der ÖPNV aus. Anhand dieser Daten werden dabei die innerstädtische Konnektivität, Effizienz und Verfügbarkeit von Mobilität gewährleistet, ohne „physisch“ aktiv sein zu müssen. So liefert die Stadt Daten z.B. an Telematiksysteme, sie erhält dagegen aber auch deren Information im Austausch zur eigenen Nutzung.

DATA AS A SERVICE

Fazit:

Carbon-free, alternative Antriebe, neue Mobilitätsformen, Vision Zero – es gibt noch viel zu tun, aber das meiste ist auf den Weg gebracht. Allerdings fehlt ein letztes verbindendes, steuerndes und ständig lernendes Element, um die Verkehrswende zum Erfolg zu führen.

Berlin will und kann die Verkehrswende hin zu einem digital vernetzten, leistungsfähigen und effizienten Verkehrssystem schaffen, das ebenso klimafreundlich ist wie es den Lebensraum der Stadt erhält und verbessert.

Dazu braucht es ein neues Miteinander von Stadtgesellschaft und -verwaltung, ein zentrales, alle Verkehrsträger übergreifendes Daten- und Verkehrsmanagementsystem.

Die Stadt der Zukunft wird digital vernetzt sein. Noch ist es (hoffentlich) an der Zeit, dass Berlin die Hoheit über die Daten der Stadt im Sinne der Daseinsfürsorge und Stadtorganisation behält, notwendigerweise qualitativ und quantitativ weiter sinnvoll ausbaut, optimiert und nutzt, so wie es Los Angeles versucht.

Dies möchte der VBKI durch dieses Positionspapier und anhand der dargestellten Beispiele befördern und unterstützen.



WISSENSCHAFT

Henning Banthien und Michael Knoll

BERLIN –
HAUPTSTADT EINER
DIGITALISIERUNG
FÜR DEN MENSCHEN



BERLIN

PUNKT

6

VERKEHRS- WENDE

- Berlin muss zum Hub einer wertgetriebenen Digitalisierung in der Welt werden. Ziel ist es, den maximalen Mehrwert der Digitalisierung für die Gesellschaft zu realisieren und damit einen neuen Wettbewerbsvorteil zu erlangen. Wieso Berlin?
 - Hier befindet sich einer der besten Bildungs- und Forschungsstandorte Europas, auch für den Bereich der Digitalisierung.
 - Hier gedeiht die dynamischste, digitale Start-Up-Szene Deutschlands.
 - Hier wie kaum anderswo in Deutschland ballen sich Politik, Kultur, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft in einer Metropolregion.
- Um dieses Potenzial zu realisieren, braucht es eine Plattform intersektoraler Kooperationen und transdisziplinärer Vernetzungen. Eine konzertierte Aktion, um Berlin an die Weltspitze zu führen.
- Diese Plattform ist Chefsache. Der Regierende Bürgermeister ruft die Spitzen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft zusammen, um Ziele und konkrete Maßnahmen zu definieren.

Berlin ist die Wissenschafts- und Forschungshauptstadt Deutschlands.



Berlin zählt zu den weltweit angesehensten Bildungs- und Forschungsstandorten.

An den vier großen Universitäten, sieben Hochschulen, vier Kunst- und Musikhochschulen und 30 privaten Hochschulen sind rund 180.000 Studenten eingeschrieben. Zwei der elf deutschen Eliteuniversitäten – die Freie Universität und die Humboldt-Universität – befinden sich in der Hauptstadt.

Berlin ist die forschungstärkste Region in Deutschland.

Berliner Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen konnten die Einwerbung von kompetitiven Forschungsfördermitteln zwischen 2014 und 2016 auf insgesamt 2 Mrd. Euro steigern. Über 60.000 Beschäftigte lehren, forschen und arbeiten an den über 70 außeruniversitären Forschungsein-

richtungen. Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Leibniz-Gemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft sind jeweils mit mehreren Instituten vertreten, ebenso acht Forschungsinstitute verschiedener Bundesministerien.

Zur Metropolregion Berlin – dem Greater Berlin – zählt ebenso Potsdam, eine international renommierte Universitätsstadt

mit drei weiteren öffentlichen Hochschulen, an denen sich weitere 24.000 Studierende eingeschrieben haben. In keiner anderen deutschen Stadt gibt es mehr Forschungseinrichtungen je Einwohner als in der Landeshauptstadt Brandenburgs. Mehr als 30 Einrichtungen in den Bereichen Geistes- und Sozialwissenschaften, Geowissenschaften und Umwelt, Biologie und Leben sowie Physik und Chemie befinden sich in Potsdam, darunter drei Max-Planck-Institute, zwei Helmholtz-Zentren, dem Hasso-Plattner-Institut an der Universität Potsdam und zwei Fraunhofer-Institute.

In diesen Hochschulen inklusive Instituten in Berlin und Brandenburg wird Grundlagen- und angewandte Forschung betrieben, die heute bereits inter- und transdisziplinären Charakter hat. Diese Einrichtungen spiegeln die wissenschaftliche Vielfalt und Kompetenz der Hauptstadt wider, sie charakterisieren die Schnittstelle von sozialen und technischen Innovationen. Zahlreiche Labs

stehen für den Praxistransfer und explorieren, wie Lösungen konkret aussehen können. Die regionale Nähe und die sich etablierende engere Zusammenarbeit eröffnen das entsprechende Potenzial, dass es noch besser zu nutzen gilt. Dies alles prädestiniert Greater Berlin in hervorragender Weise dazu, sich komplexen Themen der Zukunft anzunehmen.

Wissensgenerierung und -vermehrung findet nicht nur in Wissenschaft und Forschung statt, sondern anders gelagert und in praktischer Perspektive auch in Politik, in Zivilgesellschaft, bei NGOs und Verbänden, in Kunst und Kultur. In Berlin als alt-junge Stadt mit großer Historie und turbulenter jüngerer Geschichte ist der Druck, lernen zu müssen, aber auch die Chance, lernen zu können, besonders groß.

Als Metropole ist Berlin ein Brennglas der Herausforderungen der Moderne, hier finden sich die Megatrends wie Globalisierung, Urbanisierung, Digitalisierung und demographischer Wandel, aber auch Krisensymptome einer wachsenden Stadt (Verkehr, Klima, Wohnungsnot und sozialer Zusammenhalt) gebündelt wieder.

Vernetztes Wissen ist die Zukunft Berlins.

Die Produktion und Vernetzung von Wissen spielen eine zentrale Rolle für wirtschaftliches Wachstum und den zukünftigen Wohlstand. Diese Zukunft wird digital sein. Dafür ist die Start-Up-Szene in Berlin ebenfalls sehr stark aufgestellt.

In keiner anderen Stadt Deutschlands entstehen so viele Start-Ups wie in der Hauptstadt – alle 20 Minuten ein Neues.

Im Jahr 2018 konnte Berlin Investitionen für Start-Ups in Höhe von insgesamt 2,969 Milliarden Euro einwerben – von 4,276 Milliarden deutschlandweit.

So erfolgreich beide Bereiche – die Start-Up-Szene wie Wissenschaft und Forschung – sind, im gleichen Maße scheinen sie nur unzureichend verbunden nebeneinander zu stehen.

Zwar erfolgen viele, gerade wissensbasierte Gründungen aus Hochschulen heraus und rekrutieren ihr Personal aus den Absolventen der Hochschulen, doch scheint es nach wie vor, dass Entwicklungen und Initiativen in beiden Gebieten parallel verlaufen, Chancen auf Synergien nur unzureichend genutzt werden. Einer der entscheidenden Vorteile der Digitalisierung – einfache Vernetzung – wird

gerade in diesem Feld nicht hinreichend praktiziert.

Ebenso unabdingbar wird sein, ein Alleinstellungsmerkmal herauszuarbeiten, um die digitale Wissens- und Forschungsmetropole Berlin international zu einer Marke werden zu lassen. Die Hauptkonkurrenten sind nicht Aachen, Heidelberg oder München, sondern Singapur, Shenzhen und Shanghai, Boston sowie natürlich das Silicon Valley.

Technologisch sind Unternehmen wie auch Wissenschaft und Forschung gut aufgestellt. Die technologischen Neuerungen führen allerdings zu neuen global ähnlichen Herausforderungen, die in der Organisation, der Kultur, den Netzwerken, der Nachhaltigkeit, der Ethik von Wissenschaft und Wirtschaft liegen. Wissensproduktion findet gerade im Zeitalter der Digitalisierung in Netzwerken – beschleunigt und verbreitert in internationalen Kontexten – statt, die sich die benötigten und relevanten Informationen und Know-how beschaffen oder arbeitsteilig zusammenführen. Eine wesentliche Frage bleibt offen:

Wie können Arbeits- und Forschungskultur sowie die tradierten Organisationsstrukturen nach den Anforderungen einer digitalen Welt ausgerichtet werden?

Dies liegt im Wesentlichen an der im Vergleich zur Förderung der Grundlagenforschung unzureichenden Förderung anwendungsnahe Forschung sowie an einer überkommenen wechselseitigen kulturellen „Fremdheit“.

Neues Arbeiten – Kooperation 4.0 als Berliner Markenzeichen

Die wesentlichen gesellschaftlichen Herausforderungen lauten, den revolutionären, disruptiven Charakter der Digitalisierung, den umfassenden Wandel zu erkennen und in zukünftiges Handeln umzusetzen. Die Kompetenz, zu gestalten, wie Organisationen in einer digitalen Welt aussehen werden, muss jetzt systematisch aufgebaut werden. Dies ist auch Voraussetzung, um den grundlegend

neuen Charakter der Arbeitswelt von morgen zu erfassen. Digitalisierung schafft und ermöglicht neue Formen des Arbeitens und der Zusammenarbeit. Agiles Arbeiten und andere, neue Kooperationsformen werden nicht länger nur zu einem Unternehmensziel erklärt, sondern als gelebte Praxis realisiert. Mit der Industrie 4.0 verfestigt sich auch eine **Kooperation 4.0.**

Berlin als Vorreiterin einer wertebasierten Digitalisierung.

Die Erfahrungen der kurzen Geschichte der Digitalisierung belegen deutlich, dass auch dieser Wandel einem Fundament von Werten bedarf. Der Vorsatz „Don't be evil!“ schützt nicht davor, das Gegenteil hervorzubringen. Auch im digitalen Zeitalter stimmt das Diktum der „unintended consequences“.

Die Metropolregion mit ihrer Expertise in Sicherheit und Datenschutz sowie in Fragen gesellschaftlicher Verantwortung könnte sich hier als Vorreiterin in Europa positionieren – hier wird Digitalisierung mit den Vorstellungen einer gerechten und nachhaltigen Gesellschaft zusammengebracht.



Eine Digitalisierung ohne Werte und ohne gesellschaftlichen Rückhalt wird nicht erfolgreich sein – weder ökonomisch noch gesellschaftlich.

Den Treibern der digitalen Transformation muss es ein Anliegen sein, das Vertrauen der Gesellschaft in ihre Möglichkeiten, Chancen und Werte aufzubauen.

Digitalisierung kann zu mehr Wohlstand, Sicherheit sowie zur ökonomischen und gesellschaftlichen Nachhaltigkeit führen – aber nur dann, wenn sie wertegetragen ist!

Berlin wird mit gemeinsamer Anstrengung der Ort sein, an dem Firmen und Forscher aus aller Welt arbeiten, um eine wertebasierte Digitalisierung zu entwickeln.

Es geht nicht nur um „Industrie 4.0“, sondern um „Gesellschaft 5.0“. Die Gesellschaft 5.0 ist das Leitbild einer chancenorientierten Entwicklung in einer digitalisierten Welt. Die immensen Möglichkeiten, die technologische Anwendungen und digitale Prozesse eröffnen, sollen helfen, Probleme zu lösen und Herausforderungen zu überwinden, die bislang kaum beherrschbar erschienen.

Gesellschaft 5.0 ist ein Mehr an Miteinander, ihr Leitmotiv ist „gemeinsam mehr erreichen“.

Berlin ist der Hub für „ethics by (and in) design“, d.h. für digitale Lösungen, die den gesellschaftlichen Mehrwert bereits durch die Entwicklung in sich tragen. Es sind digitale Produkte, die gesellschaftliche Herausforderungen lösen und nicht solche, deren negative Wirkungen erst durch externe Maßnahmen eingedämmt werden müssen. Dies könnte das internationale Alleinstellungsmerkmal von Berlin bedeuten. Insbesondere durch die massive wissenschaftliche Kompetenz, die sich aus dem Weizenbaum Institut, den Einstein-Zentren, dem Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft oder dem Hasso-Plattner-Institut speist. Und insbesondere gepaart mit einem unternehmerischen Ansatz, der auf wettbewerbliche, wirtschaftlich erfolgreiche Lösungen zielt.

Die Stadt mit ihren starken Geistes- und Gesellschaftswissenschaften an den Universitäten, mit ihren internationalen Kulturschätzen – Museumsinsel und Humboldt-Forum –, mit ihrer säkularen und multireligiösen Gesellschaft verfügt über hervorragende Potenziale für eine solche Auseinandersetzung. Dieser Schatz sowie die Kompetenz und Expertise, „ethics by design“ zu leben und zu gestalten, sollte zum Anlass für Unternehmen aus aller Welt werden, ihre Technologien beispielsweise in den Bereichen Internet of Things, Blockchain, Krypto-Technologien und Künstliche Intelligenz gerade in der Metropolregion Berlin zu entwickeln.

MITTEINANDER

Ihr Menschen Berlins: Vernetzt Euch!

In Berlin konzentrieren sich wegen seiner Hauptstadtfunktion Parteien, NGOs, Think Tanks und Verbände. Hier kommen vielfältige, heterogene Anliegen, Interessen und Perspektiven in einer kritischen Masse zusammen. „Jeder nach seiner Façon“ – dieses Motto des preußischen Königs Friedrich II. gilt auch heute noch:

Berlin lebt Diversität und Offenheit. Diese Kultur kann die nächste Stufe der Digitalisierung sein.

Während es dem Silicon Valley gelang, Gründer, Investoren und Wissenschaft für die technologische Entwicklung der Digitalisierung zusammenzubringen, so kann es die Aufgabe Berlins sein, die gesellschaftliche und technologische Dimensionen der Digitalisierung zusammenzuführen.

Berlin bietet die ideale Voraussetzung und das entsprechende Verständnis, eine andere, partizipative Auseinandersetzung und Beteiligungsform zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu entwickeln und zu etablieren, als kre-

ativen und zukunftsorientierten Dialog zwischen Unternehmer*innen, Wissenschaftler*innen und Bürger*innen. Es geht um die Vernetzung der Stadt(gesellschaft) mit ihren Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen. Statt einem ignoranten Nebeneinander ein interessiertes Miteinander. So wird auch einer Technikskepsis innerhalb der Gesellschaft vorgebeugt, die vor allem dann zum Tragen kommt, wenn der gesellschaftliche Mehrwert nicht klar benannt werden kann. Die Betonung des Mehrwerts für die Gesellschaft schafft die notwendige Voraussetzung, um intellektuell, mental und emotional eine Atmosphäre von Innovation, Neugier und technischem Fortschritt zu gestalten.



Berlin braucht eine agile Plattform, um sich an die Spitze zu setzen.

Die Metropolenregion Berlin bietet die wissenschaftlichen wie wirtschaftlichen Voraussetzungen, um zu einer „digital capital“ zu werden. Die vielfältigen Ressourcen, Strukturen und Institutionen – oft von öffentlicher Hand finanziert – bedürfen aber der Führung, der Koordination und der Kontinuität. Die aktuelle Landesregierung hat am Beispiel des Industrie- und Wissenschaftscampus' von Siemens in Spandau gezeigt, dass sie es versteht, zukunftssträchtige Investitionen zu erkennen und das ideale Umfeld für Investitionsentscheidungen zu bereiten. Mit ihrer Digitalisierungsstrategie für Berlin und vielen einzelnen Maßnahmen haben sich diverse Senatsverwaltungen auf den richtigen Weg begeben. Noch sind die einzelnen Schritte jedoch disparat und verstreut, es bedarf ihrer Bündelung und einer Priorisierung in Richtung einer durchgehenden Digitalisierung der Verwaltung.

Berlin ist bestens aufgestellt. Auch wegen des Charakters seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Sie zeichnen sich aus durch Kreativität, durch ihr unorthodoxes, im besten Sinne anarchistisches Denken und Handeln. Berlins Start-Up-Szene, seine exzellente und breite Kunst- und Kulturszene verstärkt diesen experimentellen Charakter. Durch die große Dienstleistungsbranche, die sich im Zuge

der Hauptstadtfunktion Berlins angesiedelt hat, könnten Best-Practice-Modelle rasch Niederschlag in Regierungshandeln finden. Ideale Voraussetzungen, um Organisationen neu zu denken und Reformen zu wagen.

Aber:

Berlin benötigt neue Strukturen, neue Plattformen zur Kooperation, um seine Potenziale zu realisieren und sich als Vorreiter einer wertebasierten Digitalisierung global an die Spitze zu setzen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung plant eine Agentur für „Sprunginnovationen“, in der sie Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zusammenbringt. Berlin kann dieses Vorbild kopieren, bisher aufgetretene Fehler vermeiden und das Konzept schneller als der Bund mit Leben füllen. Die Hauptstadt kann beweisen, dass es Start-Ups nicht nur versteht, sondern es auch schafft, die besten Eigenschaften zu inkorporieren: Agil arbeiten, experimentieren, kooperative Arbeitsweisen leben, Dinge voranbringen. „We try. We fail. We win.“

~~Können. Sollen. Wollen.~~ Machen! Was nun zu tun ist.

Digitalisierung ist die Technologie des 21. Jahrhunderts. Sie ist schnell und sie schert sie sich nicht um ein Verwaltungshandeln, das sich nach den Maßstäben aus dem 19. Jahrhundert richtet.

Die Berliner Verwaltung muss sich modernisieren, Kooperationswillen zeigen, klare Verantwortlichkeiten definieren und verbindlich liefern.

Kooperatives Arbeiten als administratives Leitbild – die Berliner Verwaltungen sollten im Sinne von „open government“ von Start-Ups lernen: Eine intensive Kommunikation und Kooperation, die Bereitschaft zu lernen und die Fähigkeit, nötige Anpassungen schnell zu adaptieren, sind die notwendigen Voraussetzungen für den Erfolg eines digitalen Ökosystems in der Metropole Berlin.

Was nun zu tun ist:

1. Der Regierende Bürgermeister initiiert mit den Leitungen der Hochschulen und Spitzen der Wirtschaft eine Plattform „Digitalisierung für den Menschen“, die Wissenschaft und Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung miteinander vernetzt. Ihr Ziel ist es, Berlin

zum globalen Wegbereiter einer wertebasierten Digitalisierung zu machen. Diese Plattform schafft Kommunikation mit der Zivilgesellschaft, unternehmerischen Mehrwert und international wettbewerbsfähige Lösungen durch einen konzertierten Prozess, in offenen Foren für den Austausch und „out-of-the-box-Lösungen“ – und darauffolgend in einer Professionalisierung.

2. Diese Plattform ermöglicht zukunftsweisenden und vielversprechenden Geschäftsideen die Umsetzung. Sie wird mit dem erforderlichen Budget und den nötigen Verantwortlichkeiten ausgestattet. Diese Agentur ist Chefsache und wird nicht an nachgeordnete Stellen delegiert.

3. Die Landesregierung schafft die Voraussetzung, dass Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam schnell ins „Machen“ kommen. Sie implementiert Experimentierräume und Reallabore, damit konkrete Lösungen ausprobiert werden können. Nicht frei von Regeln, aber mit regulatorischen Freiheiten ausgestattet, erlebt „das IoT“ die Umsetzung in die reale Wirklichkeit.

4. Berlin wird zum digitalen Frontrunner. Die Stadt zieht die Digitalisierung ihrer

einzelnen Verwaltungseinheiten und die der Bezirke mutig durch.

- a. Sie ist selbst dabei ein Vorbild und lebt open data. Eine Smart City braucht offene Daten.
- b. Sie nutzt open government, um agiles Verwaltungshandeln zu praktizieren.

5. An Universitäten und Hochschulen wird das Thema „Ethik und Digitalisierung“ mit den Dimensionen Wirtschaft, Technologie und Gesellschaft ebenfalls implementiert. Die Erkenntnisse müssen in die Politik, in die Wirtschaft und in die Forschung transferiert werden.

6. Diese Erkenntnisse fließen in den Bildungssektor. Berlin wird zum Vorreiter beim Dreiklang Bildung – Werte – Digitalisierung. Es entwickelt eine international wettbewerbsfähige Lernplattform, die die Ausbildungs- und Forschungskompetenzen der Berliner und Brandenburger Hochschulen abbildet und als

Lernstoff für Schulen aufarbeitet. Eine solche Plattform in Berlin hat das Potential, weit über Deutschland zu strahlen.

Als eine unabhängige Berliner Institution mit hoher Wirtschaftskompetenz und den entscheidenden Netzwerken in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft bietet der VBKI an, die Realisierung der Agentur zu übernehmen oder die Landesregierung tatkräftig beim Aufbau der Plattform zu unterstützen.

Berlin ist exzellent, lange genug gab sie sich mit Mittelmaß zufrieden. Eine Exzellenzkultur kann die Hauptstadt nun gerade auf dem Feld unter Beweis stellen, das wesentlich für das 21. Jahrhundert sein wird. Berlin kann eine Vision einer wachsenden, lebenswerten und smarten Stadt der Zukunft entwickeln. Zukunft ist Wissen. Die Zukunft ist urban und digital. Welch andere Region bringt solche Voraussetzungen mit, wenn nicht die Hauptstadtregion?

Jörg Ritter & Michael Knoll

CEOs for Berlin – die Konstituierung eines Dialog-Forums mit der Politik

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg besitzt ein erhebliches Potenzial, sich zu einer wahrhaft internationalen Metropole zu entwickeln. Nicht nur politisch und kulturell, sondern auch wirtschaftlich. Nur ein paar Zahlen dazu: Aktuell gibt es 197 Unternehmen in Berlin, die einen Umsatz von 50 Millionen Euro Umsatz im Jahr haben. 127 Unternehmen bringen es auf einen Umsatz zwischen 25 und 50 Millionen Euro. Hinter diesen Zahlen muss sich Brandenburg nicht verstecken. In diesem Bundesland gibt es 63 Unternehmen, die auf einen Jahresumsatz von mindestens 50 Millionen Euro kommen, und 47 Firmen mit einem Jahresumsatz zwischen 25 und 50 Millionen Euro.

Das sind – 30 Jahre nach Fall der Mauer – für 1,5 Bundesländer, in denen Unternehmertum neu gelernt werden musste, überzeugende Zahlen. Sie zeugen von der Kreativität, der Qualität und dem Fleiß der Unternehmerinnen und Unternehmer, auf die diese Erfolge zurückzuführen sind.

Wir sind jedoch sicher, dass diese Zahlen besser sein könnten. Uns treibt die Überzeugung, dass das vorhandene Potenzial Berlins und Brandenburgs derzeit nur in einem ungenügenden Maße forciert wird. Sei es aus unterschiedlichen ideologie- und traditionsverhafteten Gründen, sei es aus ganz handfesten Mängeln von Politik und Verwaltung.

Hier möchten wir – und wir ist in diesem Fall der VBKI und Egon Zehnder – einen entscheidenden Beitrag leisten. Wir bringen mit einem konsolidierten und fokussierten Verfahren die Stimmen und Perspektiven ausgewählter Spitzen der wichtigsten Berliner und Brandenburger Unternehmen und Institutionen in einem besonderen Forum CEOs for Berlin zusammen. Unser Anspruch ist es, einen lösungsorientierten, vertraulichen und effektvollen Austausch „auf Augenhöhe“ mit politischen Entscheidungsträgern zu ermöglichen.

Wir haben uns bereits auf den Weg gemacht. Von den ca. 260 identifizierten Unternehmen in Berlin und Brandenburg, die auf einen Umsatz von mehr als 50 Millionen Euro im Jahr verweisen können, haben wir 79 Anschreiben an die jeweiligen CEOs der vorab ausgewählten Unternehmen in Berlin und Brandenburg verschickt. In der Zwischenzeit haben wir Interviews mit 37 CEOs durchgeführt – und einiges gelernt. Diese 37 CEOs repräsentieren gemeinsam einen Jahresumsatz von mindestens 1,85 Milliarden Euro. Es eint diese CEOs nicht nur wirtschaftlicher Erfolg, sondern auch

BERLIN
KANN EINE VISION
EINER WACHSENDEN,
LEBENSWERTEN UND SMARTEN
STADT DER ZUKUNFT ENTWICKELN.

der Wunsch, die Bundesländer Berlin und Brandenburg voranzubringen. Oder, wie es einer der CEOs ausdrückt:

„Berlin ist die Stadt in Deutschland, die dem Bild einer Metropole entgegenkommt im Sinne von Internationalität, Diversität, kulturelle Breite, Offenheit. Es ist das Aushängeschild der größten Volkswirtschaft Europas.“

Dieses Engagement für die Metropolregion Berlin-Brandenburg möchten wir nutzen. Gemeinsam mit der Politik und den entsprechenden Verwaltungen möchten wir Impulse, Bedarfe und Bedürfnisse formulieren, die zu einer zukunftsorientierten „Wirtschaftsstrategie 2030“ für eine wachsende Metropolregion Berlin-Brandenburg führen. Unseres Erachtens liegen dabei die Hauptthemen auf dem Tisch:

- Ein Investitionsprogramm für die wachsende Metropolregion Berlin-Brandenburg
- Die technische Modernisierung und kulturelle Weiterentwicklung der Landes- und Bezirksverwaltungen
- Die Verbesserung von Verkehrsinfrastruktur und Implementierung nachhaltiger Mobilitätskonzepte
- Eine vorausschauende Stadtentwicklung mit ambitioniertem Wohnungsbau
- Unterstützung bei der Gründung von Start-Ups sowie Entwicklung und Vernetzung in Branchen-Clustern
- Die Beseitigung der Missstände im Bildungsbereich und weiterhin die Förderung der exzellenten Wissenschaftslandschaft in Berlin und Brandenburg
- Die forcierte Entwicklung zur Gesundheits- und Sportmetropole
- Der Ausbau von zukunftssträchtigen Industrie- und Service-Clustern
- Aufbau eines internationalen Benchmarkings mit anderen Metropolen

Die Ausschüsse des VBKI haben zu etlichen der genannten Themen konstruktive und sinnvolle Vorschläge erarbeitet. Diese wird sich das neu gegründete Forum CEOs for Berlin zu eigen machen und weiterentwickeln. Wir suchen den konstruktiv-kritischen Dialog mit der Politik und den Verwaltungen von Berlin und Brandenburg. Wir möchten aber zugleich, dass bestehende und offensichtliche Mängel rasch angegangen werden.

Eines wurde aus den bisher geführten Interviews deutlich: Die kritische Haltung zur gegenwärtigen Politik und Verwaltung in beiden Bundesländern. Diese Stimmen möchten wir nicht verschweigen. Einer der Interviewten sagte zum Beispiel:

„Es gibt in Berlin einfach kein Primat der wirtschaftlichen Attraktivität.“

Ein anderer ergänzt: „Hier wird zu viel mit Lokalkolorit agiert, man hat hier zu wenig eine globale Perspektive.“ Generell wird vor allem die fehlende Orientierung oder Guidance seitens der Politik und Verwaltung beklagt.

„Die Landesregierung hat mit dem Wachstum Schritt gehalten, nichts verhindert, aber auch keine wirkliche Gestalterrolle übernommen.“

Ebenso fühlen sich die Vertreter des Industriellen Mittelstands im Stich gelassen. Bei ihnen existiert die Wahrnehmung, dass sie in den Köpfen des Berliner Senats nicht präsent sind. Wir sehen die Gefahr, dass es deshalb zur Abwanderung von Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren kommt.

Noch deutlicher wird der Zustand der Verwaltung beklagt. Nicht nur die IT-Ausstattung und die digitalen Prozesse seien rückständig, vor allem die Mentalität der Behörden in Berlin sei das Hauptproblem. „**Das Stadtmanagement ist ein Trauerspiel**, wir müssen einen Anspruch formulieren, der wirklich nach vorne zeigt und Akzente setzt“, so einer der interviewten CEOs.

Eine Reform der Berliner Verwaltungen mahnen sehr viele der interviewten CEOs an. Es geht um Mindsets, Ausstattung, Kompetenzen, um eine klare und sinnvolle Aufteilung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten in den einzelnen Senatsverwaltungen als auch zwischen Landes- und Bezirksverwaltungen. Letztlich gehe es um eine Professionalisierung der Berliner Verwaltungen. Nicht umsonst verlangen etliche CEOs, dass sich die Verwaltung mittels Kennziffern transparent macht, was ihre Performance betrifft, so wie es bei jedem Unternehmen üblich sei. Großen Anklang findet das Vorhaben, beim geplanten CEO Forum im April 2020 eine **internationale Dimension** einzubeziehen.

Letztlich fehle aber, so ein durchgängiger Tenor der Interviews, der einheitliche Guss, **das verbindende Element der Stadt**. Zwar sei öfters der Versuch unternommen worden, eine Gesamtstrategie für die Hauptstadt zu entwickeln. Die Einbindung aller Stakeholder habe aber vor allem gezeigt, dass Berlin ein Konglomerat fragmentierter Teilgesellschaften ist. Dies sei umso bedauerlicher, da das Potential der Metropolregion so enorm sei: „Alle Zutaten sind da, die Köche in Person von Talenten und Entscheidern sind da, jetzt muss ein Menü daraus gekocht werden! Da muss die Politik eine gestalterische Rolle übernehmen!“

An dieses Menü wagen wir uns. Und wir haben uns ein mehrgängiges Menü vorgenommen. Wir möchten erstens ein **Transformationsprogramm für die Berliner Verwaltung** mit Unterstützung durch CEOs for Berlin entwickeln. Zweitens bieten wir unsere tatkräftige Unterstützung bei der **Umsetzung und Weiterentwicklung des bestehenden Masterplans 2018-2021 „Industriestadt Berlin“**

an. Wir bieten drittens unsere Kompetenz und Expertise an, an der **Fortschreibung des Strategieprozesses zur „BerlinStrategie 2030“** – durch die Einbeziehung der Perspektiven der CEOs for Berlin – mitzuwirken. Dazu möchten wir viertens ein **Veranstaltungsformat CEOs for Berlin** etablieren, das alle zwei Jahre gemeinsam mit dem Berliner Senat sowie unter Einbeziehung internationaler Expertise die „BerlinStrategie 2030“ überprüft und weiterentwickelt.

Das Forum CEOs for Berlin versteht sich auch als Angebot der Wirtschaft an die Politik, einen konstruktiv-kritischen Dialog aufzunehmen. Etliche CEOs fühlen sich durch die Politik nicht mitgenommen; sie bemängeln eine unzureichende Kommunikation zwischen Top-Entscheidern aus Politik und Wirtschaft. Dies kann auch nicht an Organisationen wie Partner für Berlin outgesourct werden. Als Organisation zur Wirtschaftsförderung wird Partner für Berlin sehr geschätzt, aber auch sie scheint zu wenig durch die Politik unterstützt zu werden.

An uns wurde der dringende Wunsch eines Formats herangetragen, bei denen sich diese **Top-Entscheider zwischen Wirtschaft und Politik auf Augenhöhe** begegnen und Abmachungen treffen, die eingehalten werden. Das Forum CEOs for Berlin, das sich während des Symposiums gründet, ist dieses Format. Hier finden Persönlichkeiten zusammen, die durch ihr Engagement wichtige Impulse für die Hauptstadtregion leisten wollen. **Berlin braucht dringend eine Vision**, die den USP dieser werdenden Metropole überzeugend kommuniziert. Wir machen das gerne! Fokussiert und kraftvoll, damit die Metropolregion Berlin-Brandenburg ihr ganzes Potential entfaltet. 30 Jahre nach Fall der Mauer ist dies überfällig!

Literatur

Paul Collier: Sozialer Kapitalismus. Mein Manifest gegen den Zerfall unserer Gesellschaft, München (Siedler) 2019.

Werner Pumpe: Das kalte Herz. Kapitalismus: Die Geschichte einer andauernden Revolution. Berlin (Rowohlt) 2019.

Fußnoten

- 1 https://www.demografie-por-tal.de/SharedDocs/Informieren/DE/ZahlenFakten/Pflegebeduerftige_Anzahl.html;jsessionid=435938848Do5B4F95FA2515F4209E64C.1_cid389
- 2 https://www.berlin-partner.de/fileadmin/user_upload/01_chefredaktion/02_pdf/02_navi/21/Strategie_Smart_City_Berlin.pdf
- 3 www.digitalcityindex.eu
- 4 <https://www.rolandberger.com/de/Publications/The-rise-of-the-smart-city.html>
<https://www.rolandberger.com/de/Publications/Smart-City-Strategy-Index-Wien-und-London-weltweit-fortschrittlichste-St%C3%A4dte.html>
- 5 https://www.rolandberger.com/publications/publication_pdf/roland_berger_smart_city_breakaway_1.pdf, S.10. Zur Zusammenstellung und Gewichtung der einzelnen Aspekte der verschiedenen Sektoren siehe S.7 der Studie.
- 6 https://www.rolandberger.com/publications/publication_pdf/roland_berger_smart_city_breakaway_1.pdf
- 7 <https://www.rolandberger.com/de/Publications/Smart-City-Strategy-Index-Wien-und-London-weltweit-fortschrittlichste-St%C3%A4dte.html?country=DE>
- 8 <https://www.easyparkgroup.com/smart-cities-index/>

WIR
MÄCHEN
DAS
GERNE!

Impressum

Herausgeber

VBKI e.V.
Fasanenstraße 85
10623 Berlin
T 030 - 72 61 08 - 0
F 030 - 72 61 08 - 30
info@vbki.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts

Udo Marin, Geschäftsführer des VBKI.
Für den Inhalt der Anzeigen ist ausschließlich der jeweilige Auftraggeber verantwortlich.

Redaktion

Michael Knoll, michael.koll@vbki.de
Lydia Herz, lydia.herz@vbki.de

Redaktionelle Beiträge

Henning Banthien, Andre Beutler, Gabor Beyer, Kai Drabe,
Christian Goy, Harald Hasselmann, Michael Knoll, Dirk Luthe,
Jörg Ritter, Andreas Tetzlaff, Hans Eike von Oppeln-Bronikowski

Anzeigen

Maria Arizti, maria.arizti@vbki.de

Gestaltung

KALUZA+SCHMID Studio GmbH

Druck

??

